

# Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Mit den Beilagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen und Für unsere Kinder

Die „Gleichheit“ erscheint alle vierzehn Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pfennig; unter Kreuzband 85 Pfennig. Jahres-Abonnement 2,60 Mark.

Stuttgart den 3. August 1908

Zuschriften an die Redaktion der „Gleichheit“ sind zu richten an Frau Clara Zetkin (Zindel), Wilhelmshöhe, Post Degerloch bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich in Stuttgart, Gurtbach-Strasse 12.

### Inhaltsverzeichnis.

Franz Josef Ehrhart † — Die weiblichen Beamten im neuen badischen Beamtengesetz. Von ag. — Der Internationale Frauenstimmrechtskongress zu Amsterdam. — Agitation unter den Dienstboten. Von Helene Grünberg. (Schluß). — Agitation in Braunschweig. Von Luise Zieg.  
Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Von den Organisationen. — Die Lesende der Berliner Genossinnen. — Politische Rundschau. Von H. B. — Gewerbliche Rundschau. — Genossenschaftliche Rundschau. Von H. F.  
Notizen: Dienstbotenfrage. — Frauenstimmrecht. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland.  
Festschrift: Volkstest. Von Alexander Kielland.

## Franz Josef Ehrhart †

Franz Josef Ehrhart tot! Wer den „Pfalzgrafen“ als nimmermüden, kampffrohen Genossen kannte, wer dem aus bestem proletarischem Kernholz geschnittenen Menschen nähergetreten war: den mußte die Kunde dieses Ablebens tief erschüttern. Die typischen Züge des Klassenbewußten Proletariats stellten Ehrhart als Kämpfer von nie versagender Treue in Reih und Glied, seine scharfsinnige volltätige Eigenart ließ ihn zum Führer werden, der seiner Klasse vorausging, und der um so lieber an der Spitze schritt, je höhere Anforderungen das an seine Fähigkeiten stellte. Wo seine Charaktergestalt aufstauete — mochte es im Kampfe mit den Gegnern oder im Ringen um die innere Entwicklung der Partei sein, mochte er als reißiger Streiter, als schlauer „Kuhhändler“ oder als Disputant über Theorie und Praxis erscheinen, da ging es heiß her, und Ehrhart selbst stand dann leidenschaftsbeseelt mitten im Gedränge.

Ehrhart wurde 1853 zu Eschbach in der Pfalz geboren. Die kapitalistische Klassengesellschaft hat es ihm wahrlich nicht leicht gemacht, zu werden, der er ward, und das zu wirken, was er erfüllt von den höchsten Idealen unserer Zeit im Dienste der Kleinen und Entrechteten gewirkt hat. Denn seine Wiege stand in den dünnen Niederungen der Gesellschaft, und er war obendrein ein Kind der Liebe, einer Dienstmagd unehelicher Sohn. Was besagen diese vier Worte anders, als daß er nach den Gesetzen der zahlungsfähigen und habgierigen bürgerlichen Moral in seiner Kindheit Auswärtling und Ausbeutungsobjekt zugleich war. Die Mutterliebe der armen Magd vermochte nicht, den Kleinen gegen die vielfältige Not seiner unehelichen Geburt zu schützen, und dieser litt sein Martyrium mit der Empfindsamkeit eines außerordentlich begabten Kindes. Die leiblichen und seelischen Mißhandlungen, die der arme, nicht besonders kräftige Zehnjunge erduldet, blieben Ehrharts Gedächtnis unauslöschlich eingepreßt, und der auf der Höhe eines erfolgreichen Lebens stehende Mann sprach noch mit lochendem Grimm von dem Weh, das sein kleines Herz zerrissen, von dem Schmutz stützlicher Verwilderung, durch den seine Pfleger ihn gestießen. Eine wahre Erlösung dünkte es dem Knaben, als er, nachdem er zwei Jahre die Dorfschule besucht hatte, nach Pärth überbestelte, wohin die Mutter mit ihrer Dienstherrschaft gezogen war. In der katholischen Volksschule, deren Zögling er nun fünf Jahre lang war, fand er einen Mitschüler, mit dem ihm im späteren Leben eine getreue Waffenbrüderschaft und Freundschaft verbinden sollte: Martin Segig, den gleich Ehrhart selbst Begabung und glühendes Wollen im Bunde mit strenger Selbstzucht auf dem steinigen Wege der Armut vorwärts geführt haben zu den verantwortungsvollsten Posten im Heere der proletarischen Klassenkämpfer. Kaum daß Franz Josef die Schulbank verlassen konnte, kam er zu einem Tapezierer in die Lehre. Sein Geist schrie förmlich vor Bildungshunger und suchte überall nach Nahrung, um sich zur starken Kraft auszuwachsen, die das Leben zu verstehen und zu zwingen vermöchte. Was Wunder da, daß ihn die sozialistischen Ideen übermächtig ergriffen, welche die Lassalle'sche Agitation und die internationale in die Welt des deutschen Proletariats geschleudert hatten. Der noch nicht 18-jährige Jüngling stürzte sich in den politischen Kampf, denn sein Wesen war auf die Tat gestellt, bekennen und handeln, kämpfen, war für ihn eins.

Mit dem Wort, mit der Feder — in kleinen selbstverfaßten und verbreiteten Flugblättern, in denen er sich ebenso heftig mit der deutschen Grammatik wie mit der „verruhten und versauten“ Bourgeoisie herumschlug, wie er später scherzend sagte — unter persönlichen Mühen und Opfern trug der „Pfalzer“ die sozialistische Lehre einem inbrünstig erfassten Evangelium gleich unter die Arbeiter. Den Fraktionsstreit, der die junge deutsche Arbeiterbewegung zerklüftete, suchte er in den Reihen der „Eisenacher“ mit der ganzen südmännischen Leidenschaft seines Temperaments durch. Ehrhart hat in den letzten Jahren die Auseinandersetzungen über Theorie und Taktik in der Partei peinlich empfunden, die er nicht als unumgängliche Voraussetzungen für Einheitlichkeit und Geschlossenheit, kurz für gesteigerte Kraft wertete, sondern als Träger von Zwiespalt und Schwäche fürchtete, und mehr wie mancher andere hat gerade er als „Realpolitiker“ einer sehr weitgehenden Bewegungsfreiheit in Lehre und Praxis das Wort geredet. Aber trotz alledem leuchteten seine hellen Augen, und seine Stimme klang freudig, wenn er mit quellfrischem Humor davon berichtete, wie er, ein schwächliches Büchlein, als „Ehrlöcher“, als „Eisenacher“, mit donnernder Beredsamkeit, wie mit listigen Kniffen und wenn es nicht anders sein konnte mit rücksichtsloser Gewalt die „Lassalleaner“ als „Falschgläubige und Verkaufte“ aus dem Felde zu schlagen suchte.

Da der junge Pfälzer sich mit Leib und Seele für die sozialistischen Ideen einsetzte, blieben die Verfolgungen nicht aus. Kaum großjährig, erschien er als Preßfänger vor dem Schwurgericht zu Mannheim, wo er in Arbeit stand und in die Bewegung gerissen worden war. Allein nicht die Gefahren des Kampfes, die glühenden Wünsche, seinen geistigen Horizont durch den Anschauungsunterricht des lebendigen Lebens zu erweitern, neue Anregungen und Kenntnisse zur Vertiefung seiner Überzeugung zu gewinnen, trieben ihn 1877 ins Ausland. Es zog ihn vor allem nach London, wo er in dem „kommunistischen Arbeiterbildungsverein“ eine Art Hochschule für die sozialistische Theorie und Praxis zu finden hoffte, nach Paris, dessen politisches Leben er im Lichte der großen Revolution und der heroischen Kommune sah. In beiden Städten blieben ihm Enttäuschungen nicht erspart, die weniger aus den Verhältnissen selbst als aus seinen Illusionen darüber erwuchsen, und mit denen er sich lebensfröhlich und lebensfrisch voll guten Humors abfand.

Wohin ihn sein Stern im Ausland auch führte, Ehrhart blieb in Verbindung mit den Gesinnungsgenossen des Vaterlands und wirkte mit Feuereifer für die Ausbreitung des Sozialismus unter den eingewanderten deutschen Arbeitern, die für die Parteitätigkeit in der Heimat erzogen werden sollten. Das Sozialistengesetz dünkte ihm das Signal zum sehnstlich erwarteten revolutionären Kampf. Seine Feuerehre bäumte sich daher gegen die scheinbare Untätigkeit auf, mit welcher sich die deutsche Sozialdemokratie in den ersten Jahren nach 1878 in ihre Knebelung schickte. Die Freundschaft mit Johann Most, der Einfluß, den die unzweifelhaft starke und gewinnende Persönlichkeit dieses Mannes auf ihn ausübte, tat das seinige dazu, um seinen grollenden Mißmut zu scharfer Opposition gegen die Haltung der Partei zu vertiefen. Ehrhart muß an erster Stelle unter denen genannt werden, die durch schrankenlose persönliche Opfer an Zeit, Mühe, Geld das Erscheinen und die Existenz der Moskischen „Freiheit“ ermöglichten, die im Januar 1879 in London gegründet wurde; unbeschwert durch Rücksichten auf den „Ton“ war er einer der eifrigsten und talentvollsten Mitarbeiter, der rührigsten Verbreiter des Blattes. 1882/83 unternahm er eine Reise nach Deutschland und Österreich, um dort unter Schwierigkeiten und Gefahren die Verbreitung der „Freiheit“ zu organisieren. Ungeachtet seiner großen Schläuheit im Kampfe mit Spiegeln und Schergen fiel er in Mannheim der Polizei in die Hände. Nach monatelanger Untersuchungshaft mußte er noch drei Monate Strafhaft abbrummen.

Nun, da er umspissen von Kugeln mitten im heißesten Getümmel des Klassenkampfes gestanden, ging er nicht

wieder ins Ausland zurück. Übermächtig empfand er es: in der Heimat war der Boden, den er für sein Bekenntnis beackern, erobern mußte. Er blieb in Mannheim und war mit verzehrendem Eifer tätig, um die arbeitenden Massen — zumal die der Pfalz — zum politischen und gewerkschaftlichen Kampfe zu sammeln. Nicht lange, so löste er sich vollständig von Mosts Fährlein los, das immer rascher ins Lager des Anarchismus abshwenkte. Das Zusammenwirken mit Dressbach, dem erfahreneren und besser geschulten Kampfesgefährten, der ihm zum Lehrer und Freund ward, blieb nicht ohne Einfluß darauf, vor allem aber war es die tägliche Praxis des Klassenkampfes selbst, welche die Unklarheiten überwinden half, die den jungen Wellenstürmer zum Mostianer gemacht hatten. 1884 nahm Ehrhart seinen Wohnsitz in Ludwigshafen, das von nun an der Mittelpunkt einer ebenso begeisterten als zähen Arbeit zur Ausrüttelung der vom Kapital geknechteten Werktätigen in der Pfalz war, das in verhältnismäßig kurzer Frist schon eine der festesten Hochburgen der Sozialdemokratie ward. Die Seele dieser Arbeit aber, der Bannerträger und Führer des sozialdemokratischen Triumphezuges war Franz Josef. Seine Tapferkeit und erfindungsreiche List als Agitator und Organisator — in denen etwas von der alten „romantischen“ Handwerksburschenherrlichkeit lebte, die sich froh mit Büttelwillkür herumschlug — triumphierten spielend über die brutalen und perfiden Mücken und Tücken des Sozialistengesetzes. Seine außerordentlich persönliche und berufliche Tüchtigkeit, unterstützt von der treuen Mitarbeit einer einsichtsvollen Lebensgefährtin, die ihm ein beglückendes Heim schuf, bereitete die Absicht der Feinde, durch Auszehrung den gefährdeten Gegner matt zu setzen. Aber wie hart Ehrhart zu Zeiten ringen mußte, um sich und der Seinigen Existenzschifflein durch die Klippen zu steuern, an denen ein nicht kapitalkräftiger Geschäftsmann so oft scheitert: immer stand für ihn die Arbeit, der Kampf im Dienste seiner Überzeugung an erster Stelle.

Je erfolgreicher sein Wirken ward, um so restloser forderte es seine besten Kräfte, seine ganzen Kräfte ein, um so zahlreicher und schwerer wurden die verantwortungsvollen Verpflichtungen, die ihm zufließen. Der unermüdbare Säemann der sozialistischen Gedankenfaat, der geschickte Organisator der Massen wurde nacheinander in den Gemeinderat zu Ludwigshafen, in den deutschen Reichstag, in den bayerischen Landtag entsendet, er gehörte der Kontrollkommission der deutschen Sozialdemokratie an. Als Parlamentarier und kommunaler Sozialpolitiker hat er eine erstaunliche Fülle von Arbeit bewältigt, ohne daß er ausgehört hätte, der jederzeit willige Berater und Mitarbeiter der Genossen außerhalb der öffentlichen Körperschaften zu sein. Daß in der Pfalz die sozialistischen Ideen unter die breitesten weertätigen Massen gedrungen sind, daß dort eine festgeschlossene erprobte Sturmkolonne um das rote Banner geschart steht: verdankt die Sozialdemokratie Franz Josef, dessen Werk es ist, soweit ein geschichtlicher Prozeß von der Art des proletarischen Klassenkampfes das Werk eines einzelnen sein kann.

Ein Mann, der wie Ehrhart mit voller Hingebung den inneren Aufstieg der Sozialdemokratie gefördert, mußte auch lebhaftesten Anteil an ihrer inneren Entwicklung nehmen. In seinem Verhalten zu den auftauchenden Streitfragen des Parteilebens kam nicht selten der Pfälzer, der Bayer stark zum Worte, in den letzten Jahren vor allem der „Realpolitiker“, der, auf begrenztem Gebiet seine ganze Kraft einsetzend, den Erfolg erzwingen will und alles abweist, was den Spielraum für seine robusten Ellenbogen wie seine pfliffig ersonnenen Rechenklünste einzuengen droht. Und so ehrlich er sich um „Milde“ mühte, er hat seine Meinung stets mit der ganzen Wucht seines Temperamentes verfochten und manchmal mit einem Anflug jener gesunden, urwüchsigen „Nuppigkeit“, die nach seinem früheren Kernwort die Partei im Kampfe mit den Gegnern betätigen sollte. Auch denen, die im brüderlichen Meinungsstreit die Waffen mit Franz Josef kreuzten, dünkte das leineswegs entstellende Fleden seines Bildes, sondern charakte-

ristische Linien, in denen seines Wesens Eigenart sich ausdrückte. Sie wissen, welche reinen und starken Kräfte die Entwicklung und das Tun dieses ganzen Mannes beherrschten, der sich jederzeit rückhaltlos für das einsetzte, was seine Überzeugung erkoren, und der mit allen Fibern seines Seins mit der Sozialdemokratie verwachsen war. Wie „staatsmännisch“ abgewogen gelegentlich des Pfalzgrafen Gebärde sein mochte, sein Herz schlug stets gut proletarisch.

Aus der Nacht und Not des leidenden Proletariats ist Franz Josef durch mancherlei Fährnis zu den stolzeften Höhen der kämpfenden Klasse emporgestiegen. In seinem Lebensgang und Lebenswerk ist ein großes und bedeutungsvolles Stück der sozialdemokratischen Parteigeschichte verkörpert. Und wenn sein Wesen und Wirken ein klassisches Schulbeispiel ist für die wertvollen persönlichen Kräfte, die unter der hemmenden Decke sozialer Ungunst in den ausgebeuteten Massen schlummern, so nicht minder für die gewaltige Macht des Sozialismus, solche Kräfte zu lösen, zur Blüte und Reife zu bringen. Bei seiner Begabung wäre Ehrhart wohl unter allen Umständen ein tüchtiger, ja ein erfolgreicher Mann geworden. Daß er seiner Klasse als Führer vorangehen konnte, der Zehntausenden und aber Zehntausenden lebendig bleibt, das verdankt er der sozialistischen Idee. Wenn er ihr bis zum letzten Atemzug redlich alles gegeben hat, was eine talentvolle, charakterfeste Persönlichkeit geben kann, so hat er von ihr auch alles empfangen, was die Persönlichkeit emporzutragen vermag: ein erhabenes Ziel, in dem das Beste unserer Zeit kristallisiert ist, die glühende Sehnsucht und die Kraft, mit höheren Zwecken zu wachsen.

### Die weiblichen Beamten im neuen badischen Beamtengesetz.

Die neue Gehaltsordnung der badischen Beamtenschaft soll am 1. Oktober in Kraft treten. Sie verursacht einen Mehraufwand für Gehälter, Pensionen und Hinterbliebenenversorgung von 6,8 Millionen Mark im Jahre, wenn die erste Kammer nichts daran ändert.

Die Kommission der Zweiten Kammer des Landtags, die ihre Arbeiten kurz vor Pfingsten beendet hatte, zog zur Beurteilung der Gehaltsfestsetzungen auch Tabellen über das Einkommen der privaten Angestellten heran. In dieser von Regierungsbeamten aufgestellten Statistik waren die Privatbeamten nach ihrer sozialen Stellung in drei Hauptgruppen eingeteilt. In der zweiten (mittleren) Gruppe befanden sich mit einer einzigen Ausnahme die zum Vergleich herangezogenen Jahresverdienste weiblicher Privatangestellter. Es waren in dieser zweiten Hauptgruppe 892 weibliche Angestellte mit einem Gesamteinkommen von 984.500 Mark verzeichnet; das durchschnittliche Jahresgehalt beträgt also 1123 Mk. Teilt man die weiblichen Beamten innerhalb dieser Gruppe nochmals in zwei soziale Schichten, so entfällt auf die untere Schicht ein jährliches Durchschnittsgehalt von nur 1066 Mk. Bei dieser Aufstellung sind jedoch die Einkommen der Verkäuferinnen und Ladenmädchen nicht mit berücksichtigt, weil ihnen gleichartige oder ähnliche Staatsangestellte nicht gegenübergestellt werden können.

Was für diese Vergleichung der staatlichen und privaten Einkommensverhältnisse vor allem nachteilig wirkte, das ist der Mangel einer Statistik über das Einkommen der Bäuerinnen in Privatanstalten und über die Gehälter etwaiger weiblicher Angestellter im Betrieb der Privateisenbahnen. Im Grunde liegen sich nur die Gehaltsverhältnisse der als Maschinenschreiberinnen angestellten Frauen auf den beiden Gebieten des staatlichen und privaten Erwerbslebens wirklich miteinander vergleichen. Dennoch begnügte sich die Kommission mit dieser schwachen Grundlage für die Aufstellung ihres Tarifes.

Die Arbeit der Frau erfährt im badischen Staatsdienst eine geringere Wertung als die des Mannes. Das geht deutlich genug aus den für ihre Honorierung maßgebenden Bestimmungen hervor. Der § 4 der Regierungsvorlage, der in der Kommission unangetastet angenommen wurde, lautet:

„Einkommen der weiblichen Beamten.

Werden Amtsstellen, die im Gehaltstarif für männliche Beamte vorgesehen sind, weiblichen Beamten übertragen, so erhalten diese drei Viertel der für männliche Beamte vorgesehenen Sätze an Gehalt, Zulage, Wohnungsgeld, Dienstzulage und wandelbaren Bezügen.

Die Jahresätze für weibliche Beamte sind auf volle Mark und die nächste durch fünf teilbare Zahl aufzurunden.“

Diese Fassung erregte innerhalb der Kommission, deren Mehrheit die Verwendung weiblicher Beamten im Staatsdienst grundsätzlich billigte, verschiedene Bedenken. Einige Reaktionen sprachen die Besorgnis aus, daß die Regierung bei Verwendung weiblicher Beamten, Festsetzung der Gehälter usw. doch über einen allzu freien Spielraum verfüge; man solle deshalb den Ständen durch einen entsprechenden Vorbehalt einen bestimmten Einfluß darauf einräumen. Diese Vorsicht wurde als überflüssig angesehen, weil jedem Landtag doch im Staatsvoranschlag ein sogenannter Effektivetat, eine Übersicht über Zahl, Art und Bezüge der etatsmäßigen Beamten zur Kritik und Beschlußfassung vorliegt. Die Regierung beruhigte die männliche Jurchsamkeit vor der weiblichen Konkurrenz im Staatsdienst mit der tröstlichen Versicherung: Wenn auch die weibliche Beamtung im Tarif nicht mehr besonders bezeichnet

erscheine, so werde man deren Stellen und Bezüge doch im Staatsvoranschlag durch besondere Vermerke kenntlich machen. Die Angst vor einer unläutereren Konkurrenz durch billigere Arbeitskräfte, vor einem übertriebenen Anreiz zur Verwendung recht zahlreicher Beamtinnen beruhigte die Regierung mit der Versicherung, daß der Schöpfer die Verwendung des Weibes nur auf sehr wenigen Gebieten der Staatsverwaltung durch entsprechende Begabung ermöglicht habe. Zudem handle es sich gewöhnlich nur um die Anstellung lediger Damen.

Die drei sozialdemokratischen Mitglieder der Kommission forderten selbstverständlich eine unterschiedslose Bezahlung der männlichen und weiblichen Beamtenschaft, und wurden in dieser Forderung auch von zwei bürgerlichen Kollegen unterstützt. Gleiche Bezahlung für gleiche Leistung, das ist unser Grundsatz. Zu seiner Verteidigung wurde auch auf die Tatsache hingewiesen, daß der Staat doch auch in der Honorierung der Ledigen und der verheirateten Beamten keinen Unterschied macht. Die Auffassung der bürgerlichen Mehrheit ging dahin, daß es „aus sozialen Rücksichten“ nicht wünschenswert sei, wenn Mann und Frau zugleich in Beamtenstellen sind (aber in der Fabrik!); es sei deshalb der Gehalt im allgemeinen nur für ledige weibliche Beamte zu normieren, während bei den männlichen Beamten das Umgekehrte der Fall sei. Auch sei es bei der Festsetzung des Frauengehalts auf drei Viertel des Männergehalts noch fraglich, ob die Arbeit der weiblichen Beamten nicht schließlich dem Staat noch teurer oder doch mindestens ebenso teuer zu stehen komme als die der männlichen; die Arbeitskraft der ersteren sei aus natürlichen Gründen erfahrungsgemäß eher aufgebraucht, und es werde daher die Pensionierung früher eintreten müssen.

Bei der Wertung dieser Gründe darf nicht übersehen werden, daß die Regierungsweisheit in der Bestimmung über das Disziplinarverfahren den Anspruch des Staatsbeamten auf Gehaltserhöhungen von dessen Leistungsfähigkeit und Tugend abhängig macht. Die Mehrheit der Kommission war damit einverstanden, daß man mit einer Dienstleistung von „normalem Durchschnittsmaß“ zufrieden sein könne. Wir kennen die Leistungen der Frauen im Staatsdienst genau und sind der Überzeugung, daß — von wenigen Ausnahmen abgesehen — die Beamtinnen jenes normale Durchschnittsmaß männlicher Leistungen nicht nur erreichen, sondern sogar meistens übertreffen. Somit fällt jeder vernünftige Grund für eine geringere Bezahlung der weiblichen Beamten weg. Eine frühere Invalidität des Weibes im Staatsdienst ist gewöhnlich durch die unverantwortlich lange Arbeitszeit und durch den Aufenthalt in ungesunden Räumen (man denke zum Beispiel an die dumpfen Kajüten der Fabrikartenausgabestellen) verursacht; im allgemeinen ist die Frau im Beamtendienst bei ihrer meist vernünftigeren Lebensweise viel widerstandsfähiger als der Mann.

Im Höchstgehalt der badischen Staatsbeamtinnen steht die dem Fabrikinspektorat zuerteilte Assistentin. Die Mitglieder dieses Instituts sind eingereiht in die Abteilung C Ordnungszahl 2 des Gehaltstarifs mit Gehaltsgrenzen von 8500 Mk. bis 6400 Mk. bei zweijährigen Zulagen von je 375 Mk. Mit keiner Silbe ist darauf hingewiesen, ob die Assistentin mit nur zwei Dritteln des Gehalts in Anrechnung kommen darf. Ob hier die volle Gleichberechtigung der gleichleistenden Frau anerkannt wird, muß sich zeigen, wenn diese jurzeit vakante Stelle wieder besetzt ist.

In der Abteilung G erscheinen unter der Ordnungszahl 4 die Eisenbahngeschäftlichen mit dem Mindestgehalt von 1300 Mk. und dem Höchstgehalt von 1800 Mk. bei 100 Mk. Zulage innerhalb zwei Jahren. In der vorhergehenden Ordnungsziffer befinden sich die Aktiare mit einer Gehaltshöhe von 1550 bis 2600 Mk. bei 175 Mk. Zulage. Hier ist also die Leistung der weiblichen Beamten als minderwertig eingeschätzt. Trotzdem ist die Zulage so eingerichtet, daß diese Frauen in 10 Jahren in den Bezug des Höchstgehalts treten, was gegen die Annahme geringerer Leistungsfähigkeit spricht. Ebenso muß es gedeutet werden, daß auch ausdrücklich eine Vermehrung der Eisenbahngeschäftlichen gutgeheißen wird unter der Bedingung, daß die Bewerberinnen 6 Klassen einer höheren Mädchen- oder Mittelschule besucht haben müssen.

Unter der Rubrik Aufseher und Wärter bei staatlichen Anstalten (J Ordnungszahl 4) findet sich nichts über die Gehälter des weiblichen Personals. Es gibt hier keine Frauen, die als etatsmäßige Beamte angestellt sind, obwohl die berufsmäßige Tüchtigkeit der Frauen bei der Bewachung und Verpflegung weiblicher Kranken, Irren, Gefangenen usw. längst durch die Erfahrung bewiesen ist. Dazu kommt noch, daß die Regierung dem gesamten Lehrpersonal der badischen Volksschulen, also auch den Hauptlehrerinnen, Industrie- und Haushaltungslehrerinnen die Aufnahme in den Gehaltstarif versagte. Sie hat sogar mit der Zurückziehung der ganzen Gehaltsvorlage gedroht, wenn die Mehrheit der Kammer nicht von der Forderung abläßt, die badische Lehrerschaft, welche doch zumeist vom Staate angestellt und bezahlt wird, unter die Staatsbeamten aufzunehmen und ihre Einkommen im Gehaltstarif zu bestimmen. Ein letzter Versuch der sozialdemokratischen Fraktion in dieser Richtung, dem sich auch die Demokraten angeschlossen, ist in voriger Woche in der Budgetkommission am Widerstand des Zentrums und an der Verzagttheit der Liberalen gescheitert.

Es bleibt somit auch auf unserem „musterstaatlichen“ Boden noch viel zu tun für die Befreiung des weiblichen Geschlechts von der Drangsal der historischen Boreingekommenheit der „Herren der Schöpfung“. Eine maßsame Arbeit für ein dankenswertes Ziel!

### Der Internationale Frauenstimmrechtskongress zu Amsterdam.\*

In Amsterdam hat vom 15. bis 20. Juni ein Internationaler Frauenstimmrechtskongress getagt, der von dem frauenrechtlerischen „Weltbund für das Frauenwahlrecht“ ausging, dessen Gründung im Juni 1904 in Berlin erfolgt ist. Kein Zweifel, die Sache des Frauenstimmrechts marschiert, und sie marschiert besser und besser. Die revolutionierten wirtschaftlichen Verhältnisse wälzen immer durchgreifender die äußere Lage, das geistige Leben großer Frauenmassen um und zwingen ihnen die Forderung vollen Bürgerrechts für das weibliche Geschlecht auf die Lippen. Die Tatsache, daß die Existenz von Millionen Frauen auf die Berufbarkeit gestellt ist, daß neue materielle und geistige Interessen neue soziale Rechtsbedürfnisse erzeugen haben: sagt als eiserner Wesen den Glaubenssatz aus der Gesellschaft, daß die Politik die Frau nicht angehe, daß diese folglich auch das Wahlrecht nicht bedürfe. Der Gedanke der politischen Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts gewinnt offensichtlich an Boden in allen den Ländern, die eine kapitalistische Entwicklung aufweisen oder die dank ihrer mit dem modernen Wirtschaftsleben anderer Gegenden verflochten werden. Es mehren sich die Siege, die er erringt, die Konzessionen, die ihm gemacht werden müssen. Es liegt auf der Hand, daß die Lage, die Gunst der Dinge das Ausblühen der bürgerlichen Frauenstimmrechtsorganisationen fördert, die zum „Weltbund“ zusammengeschlossen sind. Es ist aber ebenso unbestreitbar, daß in Wechselwirkung die Tätigkeit dieser Organisationen ihrerseits zu dem Fortschritt der Frauenstimmrechtsfrage beiträgt. Selbstverständlich in sehr verschiedenem Maße, wie die Geschichte der Frauenstimmrechtsbewegung in den einzelnen Ländern zeigt. Fortschreitende Entwicklung des „Weltbundes“ und der ihm angehörenden frauenrechtlerischen Landesverbände, steigende Erfolge der Frauenstimmrechtsfrage: das sind Gewissheiten, die durch die Beteiligung am Kongress beleuchtet wurden, wie durch die ihm vorgelegten zahlreichen Berichte von großen und kleinen Organisationen, über alle möglichen und unmöglichen Fragen, die mit dem Frauenwahlrecht in engem oder weitem Zusammenhang stehen.

An dem Kongress nahmen gegen 300 Delegierte aus den folgenden 20 Staaten teil: Australien, Bulgarien, Böhmen, Kanada, Dänemark, Deutschland, England, Finnland, Holland, Italien, Island, Neu-Seeland, Norwegen, Österreich, Russland, Ungarn, Schweden, die Schweiz, Südafrika und die Vereinigten Staaten von Nordamerika. In 18 dieser Länder bestehen Nationalverbände für das Frauenstimmrecht, die dem „Weltbund“ bereits angehört, die Nationalverbände von Bulgarien, der Schweiz und Südafrika wurden ihm während des Kongresses angegliedert. Die Regierungen von Australien und Norwegen, wo das politische Frauenstimmrecht eingeführt ist, hatten je eine Delegierte auf Staatskosten entsendet; Sympathieundgebungen waren von drei Staaten der nordamerikanischen Union eingelaufen, die den Frauen volles politisches Bürgerrecht zuerkannt haben, von Colorado, Idaho und Wyoming; aus England ließ sich die „Männerliga für das Frauenstimmrecht“ durch ein Mitglied vertreten.

In den zwei Jahren, die seit dem letzten internationalen Frauenstimmrechtskongress zu Kopenhagen verfloßen sind, hat die Bewegung für die politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts Fortschritte zu verzeichnen. In den Parlamenten von 18 europäischen Ländern, in dem Bundesparlament der Vereinigten Staaten, in den gesetzgebenden Körperschaften von 32 dieser Staaten, sowie von Kanada, den Philippinen und Victoria (Australien) ist über die Forderung verhandelt worden, und eine mehr oder minder rührige Agitation für sie ging damit in den betreffenden Ländern und Staaten Hand in Hand. Die revolutionäre Bewegung für die nationale Selbständigkeit Finnlands, die dank dem Massenstreik und der russischen Revolution triumphierte, hat 1905 den finnischen Frauen wie Männern das allgemeine Wahlrecht gebracht. Als Gegengewicht gegen politische Macht der Arbeiterklasse wurde dagegen 1907 in Norwegen nur ein Zensuswahlrecht zum Parlament für das weibliche Geschlecht eingeführt, von rund 500.000 mündigen Frauen läßt es fast die Hälfte — 200.000 — nach wie vor politisch rechtlos. In Dänemark erhielten vor kurzem die Frauen ein kommunales Wahlrecht, dessen reaktionäre Verballhornungen sich gleichfalls gegen das kämpfende Proletariat richten. Wo das Frauenwahlrecht besteht, nutzten es die weiblichen Wahlberechtigten fleißig aus. Nach dem Urteil unbefangener Beurteiler übte die politische Gleichberechtigung der Geschlechter einen günstigen Einfluß auf das politische Leben und die Gesetzgebung aus.

Eine Episode aus der endlosen, zum großen Teil ermüdenden Berichterstattung an den Kongress verdient Erwähnung. Die finnische Delegierte, Frau Furuhjelm, anerkannte der Wahrheit gemäß, daß in ihrem Vaterland das Frauenstimmrecht in einer außerordentlichen Situation errungen worden ist, in der außerordentliche Mittel zur Anwendung gelangten. Sie meinte, daß die Ermordung des Generalgouverneurs Bobrikoff — einem feilen, gewalttätigen Jarenshergen — nicht ohne Nutzen gewesen sei. Nach ihrer Ansicht hat es weiter die finnische Frau politisch reif gemacht, daß die verfassungswidrige Gestellungsorder an die Militärpflichtigen von vielen Müttern mit der Aufforderung an ihre Söhne beantwortet wurde, dem Mias der russischen Despotie zu trotzen. Diese Ausführungen veranlaßten mehrere Delegierte, Fragen an Frau Furuhjelm

\* Wegen Raumangel verzögert.

zu stellen. Der Kongress beschloß jedoch, daß nicht weiter über Finnland gesprochen werden solle, weil es ein Revolutionsland sei. Dieser Beschluß, in dem eine infamierende Feigheit zum Ausdruck kommt, den Tatsachen ins Antlitz zu schauen, ein beschränkter Haß gegen die schöpferische Kraft der Revolution, der das weibliche Geschlecht noch überall unendlich viel verdankt, beleuchtet blühend das ausgesprochen bürgerliche Wesen des Kongresses und der Bewegung, die ihn trug. Es war ein passendes Vorspiel zur Antwort des Kongresses auf die Frage nach der Art des zu fordernden Wahlrechts selbst, daß die Delegierten sich ängstlich bemühten, mit der spießbürgerlichen Fliegenklatsche einer Formel den riesigen Schatten einer Revolution zu verschrecken, die allerdings — Welch ein Frevel! — nicht bloß den Damen, sondern allen Frauen ihr Bürgerrecht gebracht und neben leibhaftigen Adligen und Bourgeoisien auch Arbeiterinnen und Dienstmädchen ins Parlament geführt hat. Was die wichtigste Aufgabe einer Tagung hätte sein müssen, die mit Recht Anspruch darauf erheben dürfte, tatsächlich das Recht des gesamten weiblichen Geschlechts zu vertreten, das wurde nach der Erledigung einer Unmasse belanglosen Kleinrats und dem Genuß von reichlichen Vergnügungen am letzten Tage verhandelt. Der Grund dafür enthält sich in dem Satz der „Frauenbewegung“, daß die Geister ziemlich stark aufeinandergeplapert, sobald die Frage des allgemeinen Wahlrechts angeschnitten wurde. Den tagenden Damen war eine Resolution vorgelegt worden, welche den folgenden Absatz enthielt: „Der Kongress erklärt, daß es jetzt Pflicht der Frauen ist, sich zugunsten des Frauenwahlrechts der Unterstützung und Mitwirkung aller Kräfte zu verschaffen, ohne Rücksicht auf ihre anderen politischen oder religiösen Ansichten, jede Verquickung mit nebensächlichen Dingen zu vermeiden und einfach das Wahlrecht zu denselben Bedingungen, wie die Männer es haben, zu fordern, aber die weitere Ausbreitung des Wahlrechts den Beschlüssen der Männer und Frauen zu überlassen, wenn beide Geschlechter erst das gleiche Wahlrecht und damit die gleiche Macht haben.“ Dazu brachte Fräulein Kramers, dritte Sekretärin des frauenrechtlerischen „Weltbundes“ und Medaletturin seines Organs, des „Jus Suftragi“, ein Amendement ein, welches besagte: „Der Weltbund für Frauenwahlrecht, das Bestehen des Klassenkampfes anerkennend, erklärt mit Nachdruck, die Frauen der ganzen Welt vereinigen zu wollen, um für die politische Gleichberechtigung von Männern und Frauen zu wirken durch die Forderung des Wahlrechts und der Gleichberechtigung der Frauen.“ Gegen den Zusatzantrag erhob sich ein heftiger Widerspruch. Besonders die Delegierten aus den Vereinigten Staaten, aus Holland und England erklärten, daß sie jetzt nur für das geltende beschränkte Wahlrecht wirken könnten. Die Engländerinnen befanden ihre Befürchtung, daß der Ministerpräsident Asquith einen eventuellen Gesetzentwurf der Regierung zur Einführung des Frauenstimmrechts derart mit einer Reform des geltenden Männerwahlrechts verquickt würde, daß der ganze Entwurf stele, weil „für das allgemeine Wahlrecht die Männer nicht zu haben seien“. Der genannte Staatsmann hat bekanntlich den bürgerlichen Frauenrechtlerinnen neuerlich, wie früher schon erklärt, daß er persönlich nur für die Einführung eines demokratischen Frauenwahlrechts eintrete. Die Damen brachten mit ihrer Stellungnahme abermals zum Ausdruck, daß ihnen das Vorrecht ihrer Klasse über das Recht ihres Geschlechts und der ausgedeuteten Massen geht, und die Mehrheit der Delegierten verpflichtete ihnen darin bei. Die heftige Opposition gegen die Forderung des allgemeinen Wahlrechts veranlaßte Fräulein Kramers, ihren Antrag zurückzuziehen. Mit 23 gegen 11 Stimmen gelangte dann der oben angeführte Passus zur Annahme, der offenbar auch das allgemeine Wahlrecht zu „den nebensächlichen Dingen“ zählt, mit welchen die wasserscheit Frauenrechtelei sich nicht beschweren darf. Die Debatten haben das diek unterstrichen. Die „Frauenbewegung“ und die „Zeitschrift für Frauenstimmrecht“, die so gern jede demokratische Mäde der Frauenrechtelei als Elefanten sehen, schweigen bescheiden oder beschämt darüber, ob und wie die deutschen Delegierten für das allgemeine Wahlrecht gekämpft haben.

Die nämlichen Damen, die für das Recht der Massen nur einen Fußtritt hatten, huldigten im übelsten Kafaienstile vor einem Fürstenthron. Bei der Eröffnung des Kongresses wurde unter anderem von Kindern der nachstehende schauerhafte Hymnus gesungen:

„Unser Niederland ist ein ehrlich Land,  
Sein Herr ist eine Frau!  
Wo Frauenhand das Szepter führt,  
Gedeiht das Recht der Frauen.  
Das alte Volk mit neuem Sinn  
Baut hoffend auf die Königin,  
Wilhelmina von Nassau.“

Auch die berufsmäßigsten Geschichtsklitterer werden die holländische Königin nicht zu einer bedeutenden Regentin oder einer besonderen Förderin der Frauenrechte aufzuschminnen vermögen. Den frauenrechtlerischen Kongress hatte ihre Regierung obendrein dadurch geohrfeigt, daß sie ihm nicht einmal das armselige Almosen einer offiziellen Notiznahme gewährte. Keine einzige „Gebildete“ aber hat sich gegen die scheußliche Kunstbarbarei der Huldigung, keine einzige „ernste Demokratin“ gegen ihren widerlichen Synzantinismus verwahrt. Auch in diesem Wesenszug offenbart sich die Frauenrechtelei als Wein vom Wein und Fleisch vom Fleisch des sterbenden bürgerlichen Liberalismus. Was die früheren Tagungen des Weltbundes für das Frauenstimmrecht gelehrt, hat der Amsterdamer Kongress unzweideutig wiederholt. Die proletarischen Frauen können ihr volles Bürgerrecht nicht im Bunde mit den bürgerlichen Frauen-

rechtlerinnen durch einen Kampf gegen das männliche Geschlecht erringen, sie müssen es im Klassenkampf, der das Proletariat ohne Unterschied des Geschlechts vereinigt, den bestehenden Klassen entreißen, die ebenfalls ohne Unterschied des Geschlechts zusammenstehen. Die „Schwesternschaft“ der Frauen aller Klassen ist eine Phrase, Klassengegenjah, Klassenkampf sind harte Wirklichkeiten.

## Agitation unter den Diensthöten.

Von Helene Grünberg-Nürnberg.

(Referat, erstattet vor dem letzten Gewerkschaftskongress zu Hamburg.)  
(Schluß.)

Von den Wohlthaten der Arbeiterschutzeschgebung sind die Dienenden vollständig ausgeschlossen, auch das Kinderschutzgesetz vom 1. Januar 1904 findet leider keine Anwendung auf die hohe Zahl der kindlichen Diensthöten. Fast alle Gesindeordnungen erkennen Kinder vom siebten Lebensjahr ab als Diensthöten an. 1895 hatten wir in Deutschland 7800 Kinder unter 12 Jahren als Diensthöten, 25 689 von 12 bis 14 Jahren waren als Diensthöten verpflichtet, ihre Kontrakte innezuhalten. Die Zahl der jugendlichen Diensthöten (14 bis 16 Jahre alt) betrug 153 228. Dienstmädchen über 16 Jahre wurden 1127 228 gezählt. Sie alle kennen eine Arbeiterschutzeschgebung nicht. Die Kinder, die jugendlichen und die erwachsenen häuslichen Arbeiterinnen sind im Heim der Herrschaft rein deren Willkür und Unvernunft preisgegeben. Auch die Versicherungsgesetzgebung ist sehr stiefmütterlich mit den Dienenden verfahren. Einseitlich ist nur die Invalidentät- und Altersversicherung eingeführt. Die Unfallversicherung scheidet für die städtischen Diensthöten vollständig aus, und von der Krankenversicherung sind diese ebenfalls prinzipiell ausgeschlossen, nur daß man gnädigst gestattet, daß die Dienenden sich freiwillig bei den Gemeindefrankenstellen versichern können. Wie notwendig beide Versicherungswege auch für Dienende sind, darüber könnte ich einen ganzen Berg von Beweisen erbringen. Und am allerbesten könnten die Herren Ärzte aus den Krankenhäusern und Spitälern Auskunft darüber geben. Wie man sich in Städten ohne Gemeindefrankenstellen hilft, um die Diensthöten gegen Krankheit zu versichern, und welche Wünsche dabei entstehen, zeigt Berlin. Dem dortigen Diensthöten-Abonnementsverein, welcher der Versicherung gegen Krankheit dienen soll, gehören 61 000 Herrschaften mit 77 000 Mädchen an. Für kranke Dienstmädchen wird fast nichts getan, dafür holt der Aufsichtsrat Unsummen aus dem Verein heraus. Dieses Jahr wurden 10 000 Mk. Entschädigungsgelder für 11 dieser Herren Herren gefordert. Der Aufsichtsrat besteht aus den Herren Oberbürgermeister a. D. Theising, Vorsitzender; Direktor Siegfried Reiche, stellvertretender Vorsitzender; Dr. Belgardt, Schulvorsteher a. D.; John Brandes, Bezirksvorsteher; Direktor Robert Hoffmann; Justizrat A. Jrmelr; O. Bindner, Rentier; Dr. Julius Mich, Zahnarzt; Geh. Sanitätsrat Dr. Wilde; Hermann Wittowski, Stadtverordneter, und Sanitätsrat Dr. Mugdan (Mitglied des Reichstags).

Welch eine hohe Unsumme von Mißständen die Gesindeordnungen mit sich bringen, und wie die Dienenden darunter leiden, daß sie weder in punkto der Arbeiterschutzeschgebung noch der Versicherungsgesetze den gewerblichen Arbeitern gleichgestellt sind, das können seit Jahren sämtliche Arbeitersekretariate Deutschlands nachweisen. Auch die Gerichtsverhandlungen aller Orte bieten ein ungeheures Material dafür. In den letzten zwei Jahren seit Einsetzen der Diensthötenbewegung ist das Beschwerdematerial ganz gewaltig gestiegen. In den Reihen der Dienenden gärt es, sie fühlen das Sklaventum ihres Berufs jezt doppelt und drängen nach Freiheit.

Die hauptsächlichsten Beschwerden richten sich gegen lange Arbeitszeit: 17 bis 18 Stunden, ohne Pausen, pro Tag. Kein freier Sonntag, nur alle 14 Tage ein paar freie Stunden. Das macht 120 Stunden Arbeitszeit pro Woche. Sie muß geleistet werden bei Jahreslöhnen von 100 bis 300 Mk. Das ergibt Stundenlöhne von 1 bis 3 Pf. Dazu kommen sehr oft die rücksichtsloseste Behandlung, schlechte oder mangelhafte Verköstigung, ungenügende und gefährliche Schlafräume. Gefährlich erstens wegen der vielen unnütlichen Zimmungen, welche die Hausherrn und Hausfrauen an die Mädchen stellen, dann aber auch der oft ungesunden Beschaffenheit halber wie der hohen Ansteckungsgefahr wegen, da die Herrschaften oft häufig genug alte ungeräumte Betten für die Dienenden verwenden. Beschwerden über ungerechtfertigte Lohnaufrechnung und über unwahre, böshafte Zeugnisse verbittern und erschweren oft genug die Existenz der Dienenden. Des weiteren wollen die Herrschaften nie etwas von einer Krankheit der Dienstmädchen wissen. Oftmals kommen Mädchen in ihrer Angst auf das Sekretariat gelaufen, weil die Herrschaft verbietet, einen Arzt aufzusuchen. Sie müssen ins Krankenhaus zur Untersuchung geschickt werden und häufig sofort dort bleiben.

Als Krankheiten der Dienenden treten meist auf: Körperliche Überanstrengung, Magenbeschwerden, Rheumatismus, erfrorene Hände, innere Verletzungen durch Heben großer Körbe, nasser Wäsche oder anderen Gegenständen usw.

Daß Mißstände der gröslichsten Art bestehen, und daß daraus Diensthötenmangel folgt, hat selbst der bayerische Minister v. Brettreich zugestanden. Am 2. und 5. Mai d. J. wurde im bayerischen Landtag über die Forderungen des Nürnberger, Fürther und Münchener Diensthötenvereins verhandelt. Die sechs Forderungen liefen eine lebhafteste Debatte hervor. Sie lauten:

1. Abschaffung der Gesindeordnungen und Gesindebücher.
2. Unterstellung der Dienenden unter die Gewerbeordnung.
3. Ausdehnung aller Versicherungsgesetze auf sie, Gewährung eines gesetzlich gesicherten vollen Koalitions-

rechts und Aufhebung der Verpflichtung, Hausangehörige, mit ansteckender Krankheit behaftet, zu pflegen.

3. Einigemäßige Anwendung der Bestimmungen über Arbeitszeit und Arbeitsdauer, Sonntags- und Nachtarbeit usw. auf die Dienenden; im besonderen zunächst als Mindestmaß an gesetzlichem Schutz Einführung eines gesetzlich geregelten Arbeitstags, eines vollen freien Sonntagnachmittags alle 8 Tage und alle 14 Tage einen vollen freien Tag. Für außergewöhnliche Arbeiten sind Hilfskräfte anzustellen.

4. Gesetzliche Vorschriften, gesunde, den hygienischen Verhältnissen entsprechende Schlafräume, welche von innen verschließbar sein müssen, und ständige Kontrolle derselben durch die Behörden.

5. Einführung des obligatorischen Fortbildungsschulunterrichts auch für die Dienenden bis zum 18. Lebensjahr.

6. Abschaffung der privaten Stellenvermittlungsbüreaus und Einführung von paritätischen Stellennachweisen.

Es dürfte das erstemal sein, daß ein Landtag sich so eingehend mit Diensthötenforderungen beschäftigt hat, und wir können die Tatsache allein schon als einen Erfolg der Diensthötenbewegung begrüßen. Unsere Abgeordneten Auer und Segin brachten schweres Material vor über die Mißstände im Diensthötenwesen. Es sei einiges davon angeführt.

Ein junges Mädchen, in Familie mit großer Kinderzahl bedienstet, hatte eine Arbeitszeit von früh 1/6 Uhr bis nachts 2 Uhr ohne längere Ruhepausen. Ein anderes Dienstmädchen erkrankte und kam ins Spital. Zu gleicher Zeit ward ihm gekündigt. Nachdem die Kündigungsfrist abgelaufen, erhielt das Mädchen einen Brief, entweder ihre Sachen abholen zu lassen oder der Herrschaft pro Tag 50 Pf. Lagergeld zu zahlen. (Lachen.) Dem Mädchen also, das sich bei der Herrschaft die Krankheit geholt hat, wird erstens sofort gekündigt, damit es nach der Wiederherstellung bei der Arbeit eventuell nicht geschont zu werden braucht. Zweitens: statt Besuch im Krankenhaus und aufmunternde Worte rücksichtslose Behandlung. Das ist das vielgerühmte patriarchalische Verhältnis zwischen Herrschaft und Dienstmädchen.

Was die Lohnaufrechnung ermöglicht, dafür ein Beispiel: Eine Fabrikantenfrau hatte dem Dienstmädchen ein früheres Präsent, einen Rock, mit 25,15 Mk. angerechnet. Der Wert des Rockes betrug nach Angaben der Schneiderin, die die Einkäufe besorgt hatte, 14,71 Mk. inklusive 3 Mk. Macherlohn. Wäre das Mädchen nicht durch den Diensthötenverein aufgeklärt gewesen, so hätte es sich die Unverschämtheit dieser Aufrechnung gefallen lassen. Die Herrschaft hätte dann also 11 Mk. an Mädchen verdient. Die Fabrikantenfrau, welche so gut zu rechnen verstand, hatte auch die Liebeshörigkeit, das Mädchen blutig zu schlagen und ihm die Bluse zu zerreißen, weil es gekündigt hatte, um den Zubringlichkeiten des Herrn zu entgehen. (Hört, hört!) Vom Nürnberger Schöffengericht ist die sehr fein verschleierte Dame wegen schwerer Körperverletzung zu 3 Mk. sage drei Mark Geldstrafe verurteilt worden. (Hört, hört!) Was hätte wohl das Mädchen bekommen, wenn es die Dame blutig geschlagen hätte? Aber wenn zwei dasselbe tun, so ist es nicht dasselbe. (Sehr wahr!) Weiter ein Fall, der da zeigt, wie das Schikanieren der Herrschaften zum Selbstmord treibt. Das Mädchen, um das es sich handelt, hatte gekündigt, da das ewige Nörgeln der Dame unerträglich war. Eines Tages war der Schlüssel zum Waschhaus verschwunden. Das Mädchen hatte zwei Tage zuvor gewaschen und das Waschhaus wieder gesäubert. Weil der Schlüssel nicht zu finden war, wurde dem Mädchen die Schlafkammer zugesperrt. Auf inländisches Bitten der also „Bestraften“ wollte die Frau abends die Kammer wieder aufschließen, aber die Bemühungen dazu waren vergeblich, weil das Schloß eingeroßet war. Das Mädchen bat, einen Schlosser holen zu dürfen. Das wurde barsch zurückgewiesen und die Korridortür abgesperrt, damit das Mädchen nicht hinaus konnte. Die Dame ließ das Mädchen in der Küche sitzen und kümmerte sich um sein Weinen und Bitten gar nicht. Trotzdem die einzeln stehende Dame acht Zimmer für sich hatte, durfte sich das Mädchen in dieser Nacht auch nicht auf ein Sofa legen, ja nicht einmal eine Decke gab ihm die hartherzige Herrin. (Hört, hört!) Bis nachts 12 Uhr saß das Mädchen und weinte, dann war es derart verzweifelt, daß es sich das Leben nehmen wollte, und zu diesem Zwecke sämtliche Gasbühnen aufdrehte. (Bewegung.) Frühmorgens wurde die Arnsie bewußtlos aufgefunden und ins Krankenhaus geschafft. Ein anderes Mädchen, das bei einem Ingenieur bedienstet war, sprang zum Fenster hinunter, um bloß dem ewigen Schikanieren zu entgehen. Es wurde ebenfalls schwer verletzt ins Krankenhaus eingeliefert und wird zeitweilen als Krüppel herumlaufen können.

Es führt zu weit, auf alles hinzuweisen, was unsere Abgeordneten vorgebracht haben. Abgeordnete aller Parteien richtungen gaben zu, daß durch die Gesindeordnung viel große Mißstände entstehen, und daß sie dadurch zu dem Diensthötenmangel beitragen. Betreffs der Stellenvermittlung wurde nachgewiesen, daß manche Vermittlerinnen wahre deutegterige Pyänen sind, die in ihrem Gewerbe vor den unsauberen Kniffen nicht zurückschrecken, um viel Gewinn einzufäkeln. Gerade solche unlauteren Elemente bringen es auf ein Einkommen von 200 000 Mk. pro Jahr. In der gewissenlosesten Weise werden Stellen nachgewiesen und kurz darauf die Mädchen wieder fortgelockt mit der Vorspiegelung, daß ein besserer Dienst zu vergeben sei.

Das Ergebnis der zweitägigen Verhandlungen im bayerischen Landtag war, daß Erhebungen in den größeren Städten vorgenommen werden sollen betreffs sinngemäßer

Anwendung der Bestimmungen über Arbeitszeit und Arbeitsdauer, Sonntags- und Nacharbeit, Gewährung von Dienstbefreiung an den Nachmittagen der Sonntage sowie eines freien Tages alle 14 Tage, Beschaffung gesunder Schlafräume, Schutz vor sittlichen Gefahren und Einführung eines gesetzlich geregelten Arbeitsplans. Das Ergebnis der Erhebungen ist dem Landtag mitzuteilen.

Seitdem eine klassenbewusste Dienstbotenbewegung in Fluss gekommen ist, werden auch von bürgerlicher Seite Dienstbotenvereine gegründet. Besonders kirchliche Damen und Herren nehmen sich der Gründung solcher Organisationen an. Bezüglich des Austauschs frommer Dienstbotenvereine gilt dasselbe, was von den gewerkschaftlichen Organisationen gilt, die bürgerliche „Arbeiterfreunde“ für die übrige Arbeiterschaft gründen oder begünstigen. Wenn die Christlichen, die katholischen wie die evangelischen, sehen, daß wieder ein Teil der Arbeiterklasse an der Hebung seiner sozialen Lage arbeitet, dann kommen sie her und hängen sich mit Zentnerketten an die Bewegung, um den Fortschritt zu hindern. Auch für die Dienstboten hat man plötzlich das arbeiterfreundliche Herz entdeckt und fromme Vereine gegründet. Dort vergleicht man unsere modernen Dienstbotenvereine mit dem Doktor Faust, der seinem Götchen nicht die Wahrheit sage, wo die Fahrt hingehe. Die katholischen und evangelischen Dienstbotenvereine finden wenig Gegenliebe bei den Mädchen; diese wissen, wo sie der Schuh drückt, und empfinden es als eine widerwärtige Lüge und Heuchelei, wenn von den feinen Vorstandsdamen und dem Herrn Präses das Gegenteil von dem vorgetragen wird, was sie am eigenen Leibe erfahren. Die frommen Dienstbotenvereine spekulieren auf den Bauernfang, denn sie wissen, daß die wenigsten Stadtkinder dienen, meist kommen die Mädchen vom Lande. Wie groß die Zahl der Dienstmädchen vom Lande ist, ergibt eine Statistik aus Mannheim von 1907. Von den 1690 Mädchen, die eine neue Stelle suchten, waren aus Mannheim nur 195, aus dem übrigen Baden 621, aus der bayerischen Pfalz 896, aus Württemberg 818, aus Hessen 90, aus sonstigen Gegenden 76, zusammen 1690; von auswärts also 1498 Mädchen. Die Mädchen von auswärts, die durch die Stellenvermittlerinnen meist auf die schlechtesten Stellen vermittelt werden und lange Zeit ein Spielball dieser Vampire bleiben, haben doppelt unter der heutigen Gesindeordnung mit ihren Auswüchsen zu leiden. Wenn die christlichen Vereine es aufrichtig mit den Dienstboten meinen, dann würden sie aus den angeführten Gründen Beseitigung der Gesindeordnung und Abschaffung der privaten Stellenvermittlung fordern, diese frommen Organisationen begnügen sich jedoch mit einer Reformierung der Gesindeordnungen und der Stellenvermittlung. Trotzdem in Bayern seitens der Kirchtalen mit Hochdruck gegen die moderne Dienstbotenbewegung gearbeitet wird, ist von großen Fortschritten der christlichen Organisation nichts zu spüren. Die Mädchen erklären, wenn wir fromm sein wollen, gehen wir in die Kirche, in den Versammlungen wollen wir uns frei aussprechen und nicht noch zur weiteren Unterwürfigkeit ermahnt werden.

Die modernen Dienstbotenvereine sind den Mädchen überall sympathisch. Wie der Zustrom in Nürnberg war, so in allen Städten, wo Dienstbotenversammlungen von unserer Seite einberufen wurden. Aus 48 Städten Deutschlands wurde an den Nürnberger Dienstbotenverein das Ersuchen gerichtet, Statuten und Material zu senden, weil dort ebenfalls zur Gründung eines Dienstbotenvereins geschritten werden sollte. Die Generalkommission hat die Karte aufgefördert, Dienstbotenvereine zu gründen. Auch aus Österreich und der Schweiz kamen Ersuchen um Zusendung von Statuten und Material; es wurde solches nach Wien, Graz, Innsbruck, Zürich, Basel, Bern und Mailand gesandt.

Die Dienstbotenvereine können bereits Erfolge verzeichnen. Sie haben durch ihre Stellenvermittlung die Löhne pro Jahr um 10 bis 50 M. erhöhen können. Die Herrschaften erklären selber, daß sie lieber dem Mädchen mehr Lohn zahlen, als das Geld den Stellenvermittlern geben, die ihnen nach kurzer Zeit doch nur die Mädchen wieder fortlocken.

Aber auch die Kost und die Behandlung sind unseren Vereinsmitgliedern gegenüber weit besser geworden. Anfangs brach ein Sturm der Entrüstung seitens der Herrschaften gegen die Dienstbotenvereine los, heute ist das nicht mehr so schlimm. Es wird sogar teilweise von der Herrschaft der Beitrag ausgelegt, wenn das Mädchen nicht daheim ist und die Einkassiererin des Vereins kommt. Daß die Stellenvermittlung der Organisation gut floriert, beweisen die Zahlen des Nachweises, den der Nürnberger Verein eingeführt hat. Auf 900 Herrschaften, die um Mädchen nachsuchten, konnten nur 300 Mädchen vermittelt werden. Auf eine Köchin zum Beispiel warteten einmal 23 Herrschaften. Daß die Dienstmädchen ernstlich bestrbt sind, in ihrem Beruf gesunde Verhältnisse herbeizuführen, geht aus ihrer Beteiligung an der Organisation hervor. So sind zum Beispiel dem Nürnberger Verein 1040 Mädchen beigetreten. Durch Berufswechsel, Ortswechsel und Übertritt in andere Verbände sind zirkel ein Drittel davon wieder ausgeschieden. In allen Städten mit Dienstbotenvereinen weisen die Zahlen eine ähnliche Entwicklung aus. Die Mitgliederzahl in großen Städten wie Frankfurt a. M., Hamburg usw. ist eine weit höhere als in Nürnberg.

Die Fluktuation in den Dienstbotenvereinen ist, wie die Erfahrung zeigt, nicht größer als in den anderen Verbänden, wo mit weiblichen Mitgliedern zu rechnen ist. Die belangenswerten Mängel im Dienstbotwesen können durch starke Dienstbotenorganisationen beseitigt oder doch wenigstens stark gemildert werden. Darum sei es unsere Aufgabe, in allen Städten die Hausgehilfinnen den Organisationen zuzuführen. Wir wollen, daß die Dienenden sich

als freie Arbeiterinnen fühlen und den Druck der Knechtschaft von sich schütteln, der jetzt auf ihnen lastet. Wir wollen, daß auch in ihrem Beruf menschenwürdige Zustände herrschen, die einer freien Arbeiterin würdig sind. Ferner soll den Vermittlungshyänen das Handwerk gelegt werden.

Meine Forderungen habe ich in einer Resolution niedergelegt, um deren Annahme ich Sie im Interesse der Besserung der Arbeitsverhältnisse der Dienstboten dringend ersuche. (Lebhafte Beifall.)

### Agitation in Braunschweig.

Braunschweig gehört zu denjenigen Bundesstaaten, in denen die Frauen vor dem Inkrafttreten des Reichsvereinsgesetzes so gut wie gar kein Vereins- und Versammlungsrecht besaßen. Das alte braunschweigische „Recht“ besagte, daß Frauen nicht an öffentlichen Versammlungen teilnehmen durften, die sich mit öffentlichen Angelegenheiten beschäftigten. Zu den „öffentlichen Angelegenheiten“ zählte nun aber die Polizei alles mögliche. Die Erörterung der Löhne, der Arbeitszeit in den einzelnen Betrieben, der Hinweis auf die Notwendigkeit des Zusammenschlusses der Arbeitenden: alles war nach der polizeilichen Auffassung Beschäftigung mit „öffentlichen Angelegenheiten“. Die polizeiliche Auslegung und Handhabung des braunschweigischen Vereinsgesetzes raubte den Frauen oft genug das Koalitionsrecht, das ihnen das Reichsgesetz durch den § 152 der Gewerbeordnung gewährleistet. Freilich wußten unsere Braunschweiger manch „Hintertürchen“ zu entdecken, um auch die Frauen in die Arbeiterbewegung einzuführen, aber trotz allem war deren Betätigung im öffentlichen Leben erschwert und eingeengt.

Bei den Agitationsversammlungen, welche die Unterzeichnete vom 27. Juni bis 8. Juli im ersten braunschweigischen Kreis auf Veranlassung der Kreisleitung abgehalten hat, handelte es sich darum, die „Freiheiten“ des Reichsvereinsgesetzes im Interesse der Parteiorganisation auszunutzen.

Die Versammlung in Blankenburg (Harz) brachte uns 35 Neuaufnahmen für die Partei und etwa ein Duzend Abonnenten der „Gleichheit“. Wir hätten jedoch dort einen weit stärkeren Besuch seitens der Frauen erwartet. Ortsansässige teilten uns mit, daß Duzende von Arbeiterfrauen deshalb nicht ins Kasino kommen, weil — sie während der Zeit, da der Regent zur Jagd sich im Schlosse aufhält, zu häuslichen Arbeiten daselbst gedungen werden. Wieder andere waschen die Wäsche für die Kaserne und kommen deswegen nicht in Versammlungen, denn sie befürchten, daß sie sonst ihre Arbeit verlieren würden. Wir möchten hierzu folgendes bemerken: Die Furcht dieser Frauen ist unbegründet. Namentlich zur Sommerzeit herrscht in Blankenburg kein Überfluß, sondern ein Mangel an weiblichen Arbeitskräften, und der Umstand, daß Frauen regelmäßig ins Kasino zu den Versammlungen kommen und doch im Schlosse arbeiten, beweist, daß die „Gefahr“ des Arbeitsverlustes nur in der Einbildung der übrigen Frauen besteht. Selbst aber, wenn es vorkommen sollte, daß die eine oder andere deshalb nicht wieder zur Arbeit gerufen würde, weil sie in die Volkversammlung ginge oder dem sozialdemokratischen Verein beiträte, dürften sich die Frauen nimmer dadurch von ihrer politischen Betätigung abhalten lassen. Das sei mit allem Nachdruck betont. Das betreffende Vorgehen der Verwaltung müßte alle Frauen und Männer zum energischen Protest aufpeitschen. Wir verkaufen demjenigen, der uns beschäftigt, unsere Arbeitskraft, aber nicht unsere Überzeugung. Zudem ist das Vereins- und Versammlungsrecht, das Koalitionsrecht uns durch Gesetz garantiert. Wir haben einen Rechtsanspruch darauf, uns versammeln, uns organisieren zu dürfen, und niemand hat ein Recht darauf, uns daran zu hindern. Wenn das aber doch irgendwer versucht, sei es ein Unternehmer, sei es eine Schlossverwaltung, sei es der Staat, so ist ein solches Vorgehen unsittlich, und es ist Ehrenpflicht, uns dagegen mit aller Kraft durch geeintes Vorgehen zu wehren. Es ist feige und erbärmlich, wenn wir es uns gefallen lassen, wenn wir untertänig, uns bucken oder gar ein solches Verfahren gutheißen, um uns „lieb kind“ zu machen. Durch solche Handlungsweise würden wir Knechtseligkeit, Sklavengesinnung bekunden, wo wir Selbstbewußtsein und Charakterfestigkeit zeigen müßten.

Aber wir erreichen durch feiges Duzen auch niemals das, was wir damit erreichen wollen: die Sicherung der Arbeitsgelegenheit, des Verdienstes. Im Gegenteil! Wo wir ängstlich zurückweichen, da werden uns „unsere Herren“ immer drückender den Fuß auf den Nacken setzen. Das bekannte Wort ist nur zu wahr, welches da sagt:

„Der Große Hochmut wird sich geben,  
Wenn unsre Kriegererei sich gibt.“

Dasselbe, was wir den Frauen Blankenburgs zurufen, möchten wir all den Genossen im Harz sagen, die durch die Entziehung des „Gnadenholzes“ oder „Untertanenholzes“ getroffen worden sind. Zur Informierung unserer Leserinnen müssen wir einiges einschleiben. In den einzelnen Gemeinden des Harzteils, der zu Braunschweig gehört, besteht die Sitte, daß den Ortseinwohnern auf ihr Besuch Holz zu dem Vorzugspreis von 3 M. pro Kubikmeter angewiesen wird, bei der Auktion würde dagegen der Kubikmeter Holz in der Regel 6 bis 7 M. kosten. Allerdings wird Holz zum Vorzugspreis in entlegenen, unzugänglicheren Stellen des Gebirges angewiesen, so daß die Transportkosten ungewöhnlich hohe werden, wodurch der Vorteil bedeutend sinkt oder mitunter wohl ganz verschwindet. Auch die Qualität des Holzes soll durchweg geringer sein als die-

jenige des Holzes, das zur Auktion gestellt wird. Aber den Ursprung der Sitte ist man sich nicht ganz klar. Die meisten Genossen vertreten die Ansicht, daß sie ein Überbleibsel der mittelalterlichen Gemeindegerechtfame sei, nämlich der gemeinsamen Nutzung von Wald, Wiese und Wasser, und daß bei der Ablösung dieser Gerechtfame die Holzlieferung zu dem Vorzugspreis mit der Herrschaft vereinbart worden sei. Stimmt das, dann wäre nach den mittelalterlichen, rechtlichen Begriffen und dem damaligen Sprachgebrauch wohl der Name „Untertanenholz“ richtig. Dann hätten auch die Harzbewohner einen Rechtsanspruch auf die Gewährung des Holzes zum billigeren Preis, und es läme nur auf eine Klage an, um sich das Recht jetzt zu wahren. Andere dagegen sind der Meinung, daß das billige Holz freiwillig von der Regierung zu der Zeit gewährt worden sei, da noch sehr wenig Industrie im Harz anzutreffen war, und wo infolge der mangelnden Arbeitsgelegenheit und der großen Not viel Wild- und Holzdiebstähle vorkamen. Um dem zu steuern, habe die Regierung „in Gnaden“ den niedrigen Preis bestimmt. Nach dieser Darstellung würde die Bezeichnung „Gnadenholz“ zutreffender sein, und die Regierung wäre berechtigt, die „Gnade“ jederzeit rückgängig zu machen. Wahrscheinlicher ist jedoch die zuerst angeführte Meinung. In dem letzten Jahre ist nun verschiedenen Genossen das „Gnadenholz“ entzogen worden; anderen wurde eröffnet, daß sie es für die Zukunft nicht wieder erhalten werden, da sie sich zur Sozialdemokratie bekennen und für diese wirken.

Wir sind felsenfest überzeugt, daß die Regierung das genaue Gegenteil von dem erreicht, was sie beabsichtigt. Sie wird der Sozialdemokratie nicht Anhänger abwendig machen, vielmehr muß die gerechte Empörung über ein solches Vorgehen der Partei manchen Bekenner zuführen. Diese Wirkung der Regierungsmaßnahme muß aber auch äußerlich in die Erscheinung treten, soll sie ihren heillosen Einfluß ausüben. Unsere sozialdemokratischen Vereine müssen ihre Mitgliederzahl verdoppeln, von der Zahl der Abonnenten auf den „Volkfreund“ und die „Gleichheit“ gilt das gleiche. Geschieht das, so sieht die Regierung ein, daß sie zwar ein unfreiwilliger aber ein vorzüglicher Agitator für unsere Bestrebungen und unsere Organisation war. Sie wird dann von selbst von dem eingeschlagenen Weg ablassen. Umgekehrt wird die Drangsalierung zunehmen, sofern die Arbeiter feig zurückweichen, sofern wohl gar Genossen ihren Austritt aus dem Verein anmelden. Höhnend und frohlockend würde die Landeszeitung davon berichten und die Regierung anspornen, auf dem betretenen Wege in Zukunft noch rücksichtsloser vorzugehen.

Deshalb muß es heißen: Auf, ihr Männer und Frauen des Harzes, hinein in die sozialdemokratischen Vereine! Die Mitgliederlisten werden nicht mehr den Behörden eingereicht, der einzelne kann wegen seiner Zugehörigkeit zur Partei nicht mehr gemahregelt werden. Wenn die Männer und Frauen des arbeitenden Volkes in Masse eintreten, wird das eine Warnung für Unternehmer und Behörden sein, den Bogen nicht zu spannen. Unsere Presse wird schon dafür sorgen, daß ihnen Kunde von dem mutvollen Vorgehen wird. Daß wir mit unseren obigen Darlegungen recht haben, beweist ein Vorkommnis in den Harzorten zu Mübeland. Bei der einsehenden Wirtschaftskrisis forderte die Direktion, die bei ihr beschäftigten Arbeiter sollten aus der gewerkschaftlichen Organisation austreten. Leider kamen die Arbeiter dem Ansuchen nach. Kurze Zeit danach wurde ihnen nicht nur der Lohn gekürzt, sondern auch die Miete in den Werkwohnungen gesteigert. Unorganisiert sind die Arnten jetzt machtlos, und vielleicht werden noch weitere Lohnkürzungen folgen. Würden sie gleich anfangs die unverkämpfte Anforderung der Direktion energisch zurückgewiesen haben, so hätten sie in ihrer Organisation einen kräftigen Rückhalt gehabt.

Diese Darlegungen sowie der Nachweis, daß der Arbeiterschaft jetzt in der gegenwärtigen Zeit ein fester Zusammenschluß auf politischem und gewerkschaftlichem Gebiet doppelt vorzuziehen ist, blieben bei der Agitation nicht ohne Eindruck auf die Erschienenen. In Zimmernode trat ein Teil der Versammelten der Partei bei und in Hüttenrode von den circa 50 Besuchern sogar 17. Infolge der großen Hitze hatte die Feuernte um mehr als eine Woche früher begonnen wie gewöhnlich. Dadurch wurde unsere Rechnung über den Haufen geworfen, vor der Feuernte die Versammlungen zu beenden, und ihr Besuch litt leider stark darunter. In Passelfelde fand die Versammlung an einem Sonntag statt, da man dort an den Wochentagen männliche Arbeiter nicht antrifft. Montags früh um 3, 4 Uhr wandern dieselben, den Proviant auf dem Rücken fort zur Arbeit nach Schierke, Blankenburg, Mübeland usw. und lehren erst am Sonnabend spät heim. In Schierke hat der Bauunternehmer, der die Leute beschäftigt, einen langen budenartigen Raum als Nachtquartier für sie hergerichtet. In der einen Ecke ist Stroh aufgeschichtet, etagenweise, Obstdörtern gleich, darauf schlafen die Arbeiter. Jeder bringt sich eine Decke mit, und wenn er es kann, ein Kissen, sonst bildet der zusammengeballte Rock das Kopfkissen. 40, 50, sogar bis zu 80 Personen schlafen in dem einen Raum auf Stroh. Ist die Zahl der Arbeiter sehr groß, dann gibt es abends jedesmal eine Valgerei um den Raum zum Schlafen. Lehrlinge machen diesen Aufenthaltsort notdürftig besenrein, gefeuert wird er nie. Zwei längliche Fenster und — die Tür gewähren notdürftig Licht und Luft den Zutritt. Man kann sich denken, welche gerabezu pestilenzartige Atmosphäre des Morgens in dem Raum herrscht, in dem 50 bis 80 Menschen atmen, in dem 50 bis 80 Körper ausdünsten! Noch schlimmer ist es, wenn es im Herbst oder Frühling

1908  
Nr. 8  
Falt unsere Kinder

regnet und des Abends alle Schlafgänger ihre Kleider zum Trocknen um den geheizten Ofen hängen. Waschen müssen sich die Arbeiter draußen an der Quelle oder in einer Pfütze. Ist dieselbe im Winter gefroren, so wird ein Loch hineingeschlagen, und das „Waschen“ kann beginnen. Wahrlich, das sind Zustände, die nicht nur den geringsten sanitären Anforderungen, die gleichzeitig aller Menschlichkeit Hohn sprechen. Ob die Gesundheitspolizei davon nichts weiß?

Die Arbeiter, die uns diese Zustände schilderten, erklärten, wir könnten uns keinen Begriff davon machen, welches Wohlbehagen sie empfänden, wenn sie Sonnabends einmal wieder in einem ordentlichen Bett schlafen könnten. Und sie fügten hinzu, daß ihre Glieder schmerzten, und daß Elend sie erfasse, wenn sie wieder die Schlafstätte in ihrer Höhle aufsuchen müßten. Während die Männer sich die Woche hindurch draußen, außerhalb des Ortes schinden, plagen sich die Frauen daheim. Jede Familie hält Vieh, pachtet ein Stück Land (dessen Ertrag ein Teil des Lebensunterhaltes bildet), das die Frauen allein bearbeiten und versorgen müssen. An bestimmten Tagen gehen sie außerdem noch stundenweit in den Wald, um Tannenzapfen und dürres Holz zu sammeln. Im Frühling, am Tage nach dem weißen Sonntag wandern die schulentragenden Buben und Mädchen in die fiskalischen Baumkulturen, wo sie für 1,20 Mk. pro Tag die jungen Bäumchen pflanzen. Die Waldarbeiter, die im Winter allen Widern der Witterung preisgegeben, die schwere und gefährliche Arbeit des Baumschälens besorgen, erhalten den „horrenden“ Lohn von 3,50 Mk. pro Tag. Ein Beweis, wie notwendig hier ein Erstarben und ein energisches Einschreiten der Arbeiterbewegung ist. 25 Personen traten in der Versammlung der Partei bei, darunter erfreulicherweise nicht nur Frauen, sondern auch mehrere junge Mädchen, die gleichfalls die „Gleichheit“ abonnierten. In Sorge wurden die ersten weiblichen Mitglieder der Partei gewonnen. Die sehr gut besuchte Versammlung in Lehdorf, einem braunschweigischen Vororte, brachte uns eine Anzahl weibliche Mitglieder für die Partei sowie Lesefrinnen für die „Gleichheit“; das gleiche ist zu melden von Broihem, Glomarode und Rünigen. In all diesen Orten sind die Frauen und Mädchen entweder in den Konfervenfabriken beschäftigt oder in den Spargelplantagen, auf den Erbsenfeldern oder auch bei den Bauern.

Für die im Fabrikarbeiterverband organisierten Frauen sind Minimalstundenlöhne von 20 Pf. tariflich festgelegt. Die übrigen werden mit 15 und 10 Pf. pro Stunde abgepeist. Für eine Fabrik hatten die Unorganisierten, da sie einig vorgingen, in der Hochsaison gleichfalls 20 Pf. Stundenlohn durchgesetzt, sobald aber das Geschäft abzustauen begann, wurde wieder abgezogen. Dadurch ist diesen Arbeiterinnen kläglich illustriert worden, daß ein einmaliges sich Zusammenfinden nicht genügt, um wirtschaftlich emporzusteigen, daß dazu die Organisation, der dauernde Zusammenschluß gehört, damit das Erzeugnis auch festgehalten werden kann, um darauf weiterbauend auch fernerhin vorwärts und emporzukommen. Die bei Bauern beschäftigten Frauen müssen für 1,20 Mk. pro Tag schanzeln. Wenn sie mehr Lohn fordern, so sucht man ihnen durch die Drohung gruselig zu machen, man werde fremde Arbeiterinnen, Polen, Sächsischer usw. holen. Dabei erhalten bereits eingestellte fremde Arbeiterinnen 1,80 Mk. pro Tag, also 50 Prozent mehr wie die Einheimischen. Wange machen gilt nicht, verkehrte Herrschaften! Das sagen sich auch unsere Arbeiterfrauen und Mädchen, die wissen, wie schwer es ist, 10 bis 12 Stunden im schlimmsten Sonnenbrand schwere Feldarbeit zu machen oder mit krummen Rücken zu stehen und Spargel zu stechen usw. Sowie sie mehr und mehr anfangen, sich durch ihren Anschluß an die Gewerkschaft höheren Lohn und bessere Arbeitsbedingungen zu erringen, beginnen sie gleichfalls auch einzusehen, daß notwendig die Voraussetzung für die Eroberung von Staatsbürgerrechten und damit für die Gewinnung von Einfluß auf die Gesetzgebung, die politische Organisation, politische Erziehung und politische Betätigung der Frauen ist. Viele handelten dementsprechend. Eine hübsche Anzahl Frauen und Mädchen sind der politischen Organisation gewonnen worden. Hoffentlich bleiben sie treue Mitglieder und werden treue Mitarbeiterinnen und eifrige Agitatorinnen für die Partei, denn Vorwärts! ist unsere Losung.

Luise Zieg.

## Aus der Bewegung.

Von der Agitation. Das 20jährige Stiftungsfest, verbunden mit Bannerweihe, das der sozialdemokratische Verein von Obertshausen am 11., 12. und 13. Juli vom schönsten Wetter begünstigt feierte, stellte die erfreulich wachsende Beteiligung der Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen in helles Licht. Schon am Samstag war der Ort in ein Festgewand gehüllt, und abends marschierte ein Lampenzug nach dem Festplatz, wo Genosse Pieroth eine Ansprache hielt. Trotz der Gegenagitation des Pfarrers Eich und seiner Gesinnungsgenossen hatte sich das ganze freigesinnte Obertshausen an der Demonstration beteiligt. Die Turner, die Mitglieder der beiden Gesangsvereine Frohsinn und Concordia und des Arbeitermusikvereins Neu-Frenburg traten für ihre Darbietungen großen Beifall. Am dem Festzug am Sonntag beteiligten sich in 50 Gruppen über 3000 Genossen und Genossinnen aus dem ganzen Wahlkreise. Eine solche Massentumgebung hat Obertshausen noch nicht gesehen, in dem schon viele und schöne Veranstaltungen stattgefunden haben. Die Zierde des Festzuges war die Gruppe der sozialdemokratischen Jugend. Sie hatte einen

blumengeschmückten Prunkwagen gestellt mit der Büste Lassalles, der Jugend an der Arbeit und über ihr thronend die Göttin der Freiheit. Auffallend groß war die Beteiligung der Frauen am Zuge, trotzdem Kanzel und Beichtstuhl zur Agitation gegen das Fest mißbraucht worden waren. Nachdem Genosse Reich die Teilnehmer auf dem Festplatz begrüßt hatte, hielt Genossin Jettin unter nicht endenwollendem Beifall die Festrede, die besonders auch der Ausbeutung der Frauen und Kinder durch das Kapital gedachte und die Notwendigkeit betonte, diese für den Sozialismus zu gewinnen. Das Banner, das nun enthüllt wurde, trägt auf der einen Seite das Bild unseres alten Genossen Lieblincht, auf der anderen das der Göttin der Freiheit. Wir hoffen, daß die Feier dazu beigetragen hat, unsere Ideensaat besonders unter die Frauen und die Jugend zu streuen und unsere Genossinnen mit neuem Mut für ihre alte Aufgabe zu erfüllen: die Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen, die unter der kapitalistischen Ausbeutung seufzen, aus ihrer Gleichgültigkeit aufzurütteln und zur Verteidigung ihrer Interessen und des Wohles ihrer Lieben um die Fahne der Sozialdemokratie zu scharen. Den Herren Geldsäcken wie Behern im Priestergewand zum Trutz, den Unterdrückten zum Schutz!

Elise Winter.

Von den Organisationen. Breslau-Land. Am 12. Juli hielt der sozialdemokratische Verein für Breslau-Land-Neumarkt seine Generalversammlung ab. In Rücksicht auf das neue Vereinsgesetz machte sich eine Veränderung seiner Satzungen notwendig. Bei der Diskussion über den Antrag des Vorstandes, den Monatsbeitrag für weibliche Mitglieder auf 20 Pf. festzusetzen und die „Gleichheit“ dafür gratis zu liefern, plähten die Meinungen auseinander. Die Debatte bewegte sich in denselben Bahnen, wie die in der Generalversammlung von Breslau-Stadt über denselben Punkt, bloß mit dem Unterschied, daß das Resultat ein anderes war. Einige Redner hielten den Beitrag für zu hoch, da ihn doch die Männer zahlen müßten (oder die Frauen für die Männer?), auch wurde ausgeführt, daß die Frauen zu wenig Zeit hätten, neben der „Volkswacht“ noch die „Gleichheit“ zu lesen, auch mit der Dummheit der Frau ward jongliert. Andere Redner betonten, daß gerade für die Frauen auf dem Lande Ausflüchtung Not tue. Die gedäuferte Ansicht, daß diesen zum Lesen keine Zeit bleibe, und daß sie manche Artikel nicht verstehen würden, sei durchaus nicht zutreffend. Es sei Sache der Männer, die Frauen auf die Wichtigkeit der sozialdemokratischen Presse aufmerksam zu machen und sie zu ermahnen, sich Zeit zum Lesen zu nehmen, ihnen zu erklären, was sie noch nicht verstanden und dadurch zu ihrer politischen Bildung beizutragen. Geschähe das, so würden auch die Frauen kräftig an der Verbreitung der sozialdemokratischen Literatur mitwirken. Die letztere Meinung drang schließlich in der Versammlung durch, und der Antrag des Vorstandes wurde mit großer Mehrheit angenommen. Im übrigen gelangte das neue Statut einstimmig zur Annahme. In den Vorstand wurde Genossin Schablinzky-Pöpelwitz als Beisitzende gewählt.

Rls.

Die organisierten Genossinnen von Lechhausen hielten am 14. Juli ihre Jahresversammlung ab, die gut besucht war. Die Zahl der organisierten proletarischen Frauen des Orts ist von 90 auf 140 gestiegen. Von den elf stattgefundenen Versammlungen waren zwei öffentlich, in denen Genossin Klement-Kaiserlautern und Genossin Jhrer-Berlin referierten. Die Gesamteinnahmen betragen 347 Mk., die Ausgaben 280 Mk. Unter den letzteren befinden sich 65 Mk., die der Zentralkasse der Genossinnen überwiesen worden sind. 1800 Marken à 10 Pf. für freiwillige Parteibeiträge und 600 Agitationsbons à 5 Pf. wurden verkauft. Genossin Russelt erstattete in der Versammlung Bericht vom bayerischen Landesparteitag in München. Die Genossinnen beschlossen darauf einstimmig, in den sozialdemokratischen Verein überzutreten und 20 Pf. Monatsbeitrag zu leisten. Jedoch bilden die Genossinnen eine eigene Sektion, die jeden Monat ihre Versammlungen abhält. Zur Sektionsführerin wurde Genossin Jch bestimmt, die zugleich als Vertreterin der Genossinnen dem Vorstand des sozialdemokratischen Vereins angehören soll. Das Mandat zur Nürnberger Frauenkonferenz ward ebenfalls Genossin Jch übertragen mit dem Auftrag, dort für die einheitliche Einführung der „Gleichheit“ einzutreten. Daraus schloß die Vorsitzende die Versammlung mit dem Wunsche, daß jede Genossin ihre Pflicht erfüllen möge, wozu auch gehört, daß sie neue Lesefrinnen für die „Gleichheit“ gewinnt. Adelheid Jch.

Der Frauen- und Mädchenbildungsverein von Hermerleben hielt am 23. Juli seine letzte Generalversammlung ab. Nach einem Vortrag des Genossen Nitsch-Magdeburg über die Notwendigkeit der politischen Betätigung der Frauen, beschlossen die anwesenden Genossinnen einstimmig, sich am 1. August dem sozialdemokratischen Kreisverein anzuschließen. Genossin Klepp gab den Kassenbericht vom letzten halben Jahr. Den Genossinnen Boucher und Mödes wurde die Leitung der Frauengruppe übertragen. Zu der am 16. August stattfindenden Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins des Kreises Danzleben delegierte die Versammlung die Genossin Boucher. Am Schluß wurden die anwesenden Genossinnen aufgefordert, mit frischem Mut zu agitieren, damit die proletarische Frauenbewegung auch weiterhin Erfolge erzielt.

Frau Klepp.

Nicht geräuschvoll, aber desto intensiver arbeitete der Frauen- und Mädchenbildungsverein Münchens an der Ausdehnung und Kräftigung der proletarischen Frauenbewegung. Der Gedanke, den Verein zur besseren Agitation in Sektionen zu teilen, erwies sich als gut. Im letzten Halbjahr wurden in allen Stadtteilen öffentliche

Versammlungen abgehalten, die meist gut besucht waren. Sie trugen viel dazu bei, daß heute 7 Sektionen mit insgesamt 500 Mitgliedern bestehen. Am 16. Juli fand in der Zentrale eine sehr zahlreich besuchte Monatsversammlung statt. Genossin Lachenmayer erstattete den Bericht vom bayerischen Landesparteitag. In der Diskussion wurde lebhaft über die Verhandlungen debattiert, die Einführung der „Gleichheit“ betreffend, und die Referentin richtete einen warmen Appell an die Genossinnen, auch in Zukunft eifrig für ihr Organ zu agitieren. Einstimmig beschlossen die Anwesenden die Vereinigung des Frauenvereins mit dem sozialdemokratischen Verein. Zum Schluß ermahnte Genossin Lachenmayer die Genossinnen, auch nach dem Anschluß an die Partei eifrig mitzuarbeiten und dadurch die hier und da noch auftretenden Vorurteile der Genossen gegen die Frauen zu verdrängen, zu zeigen, daß sie Mitkämpferinnen für Menschenrechte sein wollen.

Viktoria Lohr.

Die Lesabende der Berliner Genossinnen. Einen erfreulichen Aufschwung haben in Berlin die Les- und Diskussionsabende der Genossinnen genommen. Sie blühten sogar unter dem frostigen Hauch des alten, frauenfeindlichen Vereinsgesetzes prächtig empor, besonders aber hat unter dem aufpeitschenden Einfluß des Wahlrechtskampfes, in dem das Proletariat gegen die besitzenden Klassen steht, die Beteiligung an ihnen in ungeahnter Weise zugenommen. Erklärlich genug. Immer mehr ringt sich die Empörung gegen die furchtbaren Zustände unserer „von Gott eingesetzten Gesellschaftsordnung“ in den unteren Schichten des Volkes durch, und selbst solche Frauen, die bis jetzt unseren Bestrebungen gleichgültig oder auch direkt feindlich gegenüberstanden, beginnen allmählich ihre Lehargie abzuschütteln. Sie erwachen zumal unter dem Druck der Krise mit ihren verheerenden Begleiterscheinungen. Die unermüdete, aufopfernde Agitation der geschulten Genossinnen tut das ihrige, damit die Logik der Tatsachen von den Frauen verstanden wird. Die Lesabende sind der stillen, tiefgreifenden, geistigen Durchbildung der Proletarierinnen gewidmet, die von der Agitation erfaßt worden sind. Es gilt, in langamer, ernster Arbeit die ausgerüttelten, revolutionierten Köpfe mit theoretischem und praktischem Wissen zu füllen, all die Neugewonnenen zu überzeugten, zielklaren Sozialdemokratinnen zu erziehen. Dies fällt um so schwerer, als die Schule des Klassenstaats den Proletariern den Kopf mit einem Wust von nutzlosem Formeltramp und Schlachtendaten angefüllt, sie durch die Wirren der biblischen Wundergeschichten und byzantinischen Fürstenverherrlichung geschleppt, ihnen die staatlich konzessionierte Gesinnung womöglich mit dem Stock eingekläut hat. Energisch müssen die Genossinnen daran gehen, im Sinn der proletarischen Frauen Raum zu schaffen für eine gesunde, freie Überzeugung, die sich mit einem schönen Idealismus paart. Und das wird erreicht nur durch eifriges Streben, wissenschaftliche Erkenntnis zu verbreiten. Wissen ist die Grundlage einer höheren Weltanschauung. Deshalb darf der Eifer für diese Les- und Lernabende nicht nachlassen. In einzelnen Bezirken ist die Zahl der Teilnehmerinnen bis auf 140 und 150 gestiegen, so daß man schon zur Teilung schreiten mußte. Wirklich ein erfreuliches Resultat. Dank der intensiven Vorbearbeit der Genossinnen nimmt auch die Zahl der Lesabende selbst immer mehr zu, sogar in den Vororten werden solche gegründet. Der Erfolg lohnt die Mühe. Mit welcher Aufmerksamkeit folgen die Frauen, die sich vom grauen Morgen bis zum späten Abend abgerackert haben, den ersten, oft schwierigen Darlegungen der Lehrenden, und durch gelegentliche Fragen bekunden sie reges Interesse und Verständnis. In den Lesabenden wird eine Saat gesät, die tausendfältige Früchte zeitigen wird! Hier wird der Geist des Sozialismus in das Herz der Familie getragen, hier werden Kämpferinnen erzogen, deren Kinder in den Ideen des menschenliebenden Sozialismus heranwachsen.

Emil Unger.

## Politische Kundschau.

In drei großen, stark besuchten Versammlungen hat das Proletariat Berlins gegen die wüste, gefährliche Kriegshehe der Chauvinisten protestiert und seinen Willen kundgegeben, im Verein mit den Proletariern der Nachbarländer den Weltfrieden zu schützen. In Paris und London hat diese Kundgebung in der Arbeiterklasse freudigen Widerhall gefunden, und auch die bürgerliche Presse Deutschlands hat diese Friedensdemonstration nicht ignorieren können. Sie tut zwar, als kämpfe das Proletariat gegen Windmühlen, als sei niemand zwischen Rhein und Pregel imstande, mit dem Kriegesfeuer zu spielen. Aber ihre eigenen Worte strafen sie Lügen. Wie sehr die Beziehungen der Kulturstaaten durch die Kriegshehe haben und drüben vergiftet sind, das zeigt schon eine Tatsache. Die Erfolge des Juppelinschen Luftschiffs — die durch den letzten Unfall, der die 24 Stundenfahrt zunächst vereitelte, nicht in Frage gestellt werden — haben in England allerlei phantastische Befürchtungen hervorgerufen von einem deutschen Einfall vermittelt einer Flotte von lenkbaren Luftschiffen. Phantasten, die gefördert werden durch groteske Pläne deutscher Chauvinisten, die den Bau einer solchen Kriegsluftschiffflotte für die nächste Zukunft betreiben wollten. Es ist bezeichnend für den Stand unserer hochgeprägten Kultur, daß die Eroberung des Luftmeeres durch das lenkbare Fahrzeug vor allen Dingen wieder der Verbesserung der Nordverkehrslinien dienen soll, ja um ihretwegen vornehmlich angestrebt wird. Den Schrecknissen des Krieges zu Lande und zu Wasser sollen sich die des Luftkrieges anschließen — Deutschland ist unter den Staaten, die auf dem letzten Friedenskongress in Haag sich geweigert haben, die internationale Konvention zu unterzeichnen, die

im Kriegsfall das Werfen von Sprengstoffen aus Luftschiffen verbietet. Übrigens ist es noch nicht so weit; das Austreten von Kriegsluftschiffen, die in den Kampf aktiv eingreifen, ist vorerst noch ein gräßliches Zukunftsbild. Der Erfolg Zeppelins ist nur der erste Schritt auf dem Wege dahin. Denn vorläufig ist sein Luftschiff zum Transport größerer Lasten, von großen Munitionsvorräten, Geschützen und Truppen noch nicht geeignet. Mehr als ein Mittel, die Stellung des Feindes auszukundschaften, ist der lenkbare Ballon vorerst nicht. Als Friedenstransportmittel wird er zunächst nur wenigen Begünstigten zugute kommen. Wie langsam oder wie schnell der Weg zum lenkbaren Luftschiff zurückgelegt werden wird, das größere Lasten, also auch Kriegsmittel zu tragen vermag, darüber läßt sich nichts sagen. Aber auch das Aufklärungs-Luftschiff wird das deutsche Volk schon gehörige Summen kosten. Kürzlich konnte die häufig offiziös gefeierte „Frankfurter Zeitung“ melden, daß gegenwärtig zwar noch nichts feststeht, daß aber in absehbarer Zeit die Beschaffung von Militär-Luftschiffen einen sehr erheblichen, nach vielen Millionen zählenden Ausgabeposten in unserem Etat bilden werde.

So wird sich dem Land- und Wassermilitarismus der Luftmilitarismus beigesellen, und der dreieinige Moloch wird immer riesigere Dimensionen annehmen. Daß 1910, spätestens 1911 eine neue Vermehrung der Landtruppen erfolgen wird, ist heute schon sicher. Und die Flottenvergrößerung steht bekanntlich nimmer still.

Demnach kann kein Patriot bestreiten, daß ein dringendes Bedürfnis nach neuen Reichseinnahmen besteht. Natürlich nach welchen, die von der großen Masse des arbeitenden Volkes aufgebracht werden, denn der Befehl kann die Last nicht tragen, so versichern jetzt fast alltäglich die konservativen Blätter. Auch die Freisinnspresse ist überzeugt, daß der ganze Mehrbedarf nicht durch direkte Steuern zu decken ist. Der arme Teufel von Freisinn darf sich bei der Reichsfinanzreform überhaupt nicht „mausig machen“, wie die landbündlerische „Deutsche Tageszeitung“ sagt. Wollte er etwa dem Rat der Träger, Gothein und anderer folgen, die Reichsfinanzreform nur gegen eine Wahlreform in Preußen zu machen, so würde eben das Zentrum die Reichsfinanzreform ohne jede unbequeme Bedingung besorgen. Diese angebliche Volkspartei, der alle Mittel recht sind, um wieder Regierungspartei zu werden, hat sich allerdings ganz unverhüllt zu diesem Dienst angeboten. Die „Freisinnige Zeitung“ und die übrigen maßgebenden Freisinnblätter haben sich denn auch schon vor solch verrückter „Expressepolitik“ gutgesinnt bekreuzigt. Das Zentrum ist seinerseits offenbar bereit, die Volksinteressen sowohl bei der Reichsfinanzreform, wie in der preussischen Wahlrechtsfrage kaltblütig zu verraten. Indes hat die Sozialdemokratie in den Landtagen Bayerns, Württembergs und Badens den Kampf gegen die vom Reichschahsekreterär geplante Besteuerung der Elektrizität energisch aufgenommen. In Bayern sind Regierung und Parteien einmütig in der Ablehnung dieser Steuer, welche die industrielle Entwicklung in dem an Wasserkräften reichen Süddeutschland hemmen wird. Dagegen sollen die württembergische und die badische Regierung ihr zustimmen.

Der arme Blochfreisinn hat neben seinen Reichsfinanznöten noch allerlei sonstige Verlegenheiten. Der Bürgermeister Schüding zu Husum — freisinniger Kandidat bei den letzten Wahlen — soll von der Bureaokratie wegen Befundung liberaler Bestimmung und Kritik des reaktionären preussischen Regierungssystems im geheimen Disziplinarverfahren um Amt und Brot gebracht werden. Enttäuscht erklärt die freisinnige Presse, daß sich das nicht mit der Blochpolitik verträgt. Die konservativen Blätter dagegen belehren den Freisinn, daß er sich eben wegen seiner Stellung als Regierungspartei solche Angriffe nicht mehr erlauben darf, wie Schüding sie auf geheiligte vaterländische Einrichtungen gemacht hat.

Der Meineidsprozeß Gulenburg ist wegen Verhandlungsunfähigkeit des kranken Angeklagten auf unbestimmte Zeit vertagt worden. Die politische Bedeutung des Falles besteht darin, daß er Wände von der intellektuellen und moralischen Verrottung unserer herrschenden Klasse und von der Rückständigkeit unserer Regierungsform spricht. Davon abgesehen, kann der unvollendete Prozeß für die deutsche Prozeßführung und die Behandlung der Untersuchungshäftlinge erhebliche Folgen haben. Er zeigt allen Gefängnisvorstehern, Untersuchungsrichtern und Gerichtsvorständen, wie Angeklagte und Untersuchungsgefängnisse zu behandeln sind. Vor dem Gesetz sind ja alle Bürger gleich!

Die asiatische Welt bietet zurzeit ein Bild wilder Gärung. Der Schah von Persien hat mit Hilfe geliebener russischer Kosaken und unter dem Schutze englischer Untätigkeit die junge Konstitution des Landes zerstampft — die Hauptstadt Teheran ist in seinen Händen, in Läden halten sich die Revolutionäre noch. Der Sultan der Türkei dagegen ist von einer jäh ausgebrochenen und sich rapid ausbreitenden jungtürkischen Militärrevolte gezwungen worden, die Verfassung von 1876 wieder in Kraft setzen zu müssen, die formell noch zu Recht bestand, tatsächlich aber nach dem Staatsstreich jenes Jahres ausgeschaltet war. Die Bevölkerung soll enthusiastisiert sein — indes scheint sie sich während der Revolte passiv verhalten zu haben. Die jungtürkische Bewegung war auf die Kreise der Besizenden beschränkt und hatte der großen Masse an sozialen Reformen so gut wie nichts zu bieten. Wenn das Verfassungsverweigerer Bestand haben soll, so müssen die Jungtürken es verstehen, durch Reformen das Interesse der weiteren Volksschichten für die Konstitution zu beleben und zu erhalten. Denn der Rückschlag wird nicht ausbleiben und der Sultan dürfte großes

Verlangen haben, recht bald es dem Zaren und dem Schah nachzutun zu können.

In Indien geben die Engländer mit brutaler Gewalt gegen politische Streiks vor. Auch diese noch ziemlich planlosen Demonstrationen der Indier zeugen von dem Erwachen Asiens, das in der Europäisierung Japans den Anfang nahm.

Die Regierung der „freien Schweiz“ hat die Fahne der Republik wieder einmal befedt, indem sie den russischen Revolutionär Wassiliew auslieferte, der einen der schlimmsten Bluthunde des Zaren getötet hatte: den Polizeimeister von Pensa. Die Schweizer Sozialdemokratie hat in entschiedenster Weise gegen den entwürdigenden Zarendienst des Bundesgerichts protestiert.

Die Sozialdemokratie Finnlands hat bei den Landtagswahlen 88 Sitze gegen 80 bei der Vorwahl bei einer Gesamtzahl von 200 Mandaten erhalten. Die Stimmenzahl sank infolge schwächerer Wahlbeteiligung. Da das aber bei allen anderen Parteien noch stärker stattfand, so vereinigte die Sozialdemokratie diesmal 38,4 Prozent aller Wähler auf ihre Kandidaten gegen 37 Prozent bei der letzten Wahl. 12 Frauen sind als Vertreter der Sozialdemokratie gewählt worden; außerdem 11 von den 3 bürgerlichen Parteien.

H. B.

### Gewerkschaftliche Rundschau.

Aber die Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen im Jahre 1907 veröffentlicht die Generalkommission umfangreiche statistische Aufzeichnungen. Ein sehr interessanter Vergleich der letzten drei Jahre läßt erkennen, daß 1907 trotz des wirtschaftlichen Niedergangs die Zahl der seitens der Arbeiterschaft erhobenen Forderungen auf Lohnhöhung und Arbeitszeitverkürzung wie auch die dabei erzielten Erfolge nur wenig geringer waren als 1906, erheblich höher aber noch als 1905. Es wurden 1907 8053 Forderungen gestellt gegen 8548 im Jahre 1906 und 5659 im Jahre 1905. Arbeitszeitverkürzung wurde in den drei Jahren für 774 743 Personen erreicht, von denen 24,1 Prozent auf 1905, 43,8 Prozent auf 1906 und 32,1 Prozent auf 1907 entfallen. Lohnhöhungen wurden 1905 bis 1907 für 1 632 108 Personen erzielt; davon kommen 26,2 Prozent auf 1905, 42,4 Prozent auf 1906 und 31,4 Prozent auf 1907. Von den in den drei Jahren abgeschlossenen 6206 korporativen Arbeitsverträgen entfallen 24,3 Prozent auf 1905, 38 Prozent auf 1906 und 37,7 Prozent auf 1907. 8053 Forderungen wurden im Jahre 1907 in insgesamt 56 272 Betrieben von 1 118 238 beschäftigten Personen gestellt. 5067 Lohnbewegungen mit 525 235 beteiligten Personen verliefen ohne Arbeitseinstellung, die Gesamtkosten dieser Bewegungen beziffert sich auf zirka 70 000 M. Die Gesamtzahl (281 030) der an Streiks und Aussperrungen beteiligten Personen war wesentlich geringer als in den beiden vorhergehenden Jahren (1906: 316 042, 1905: 507 964). Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen verursachten der beteiligten Arbeiterschaft an Gesamtkosten im Jahre 1907 12,5 Millionen Mark, darunter allein rund 6,1 Millionen Mark für Aussperrungen, 5 Millionen Mark für Angriffstreiks und 1,1 Millionen Mark für Abwehrstreiks. Erreicht wurden für rund 249 000 Personen 913 000 Stunden Arbeitszeitverkürzung pro Woche und für rund 513 000 Personen zusammen 993 000 M. Lohnhöhung pro Woche; es kam zum Abschluß von korporativen Arbeitsverträgen in 2339 Fällen für rund 272 000 Arbeiter und Arbeiterinnen. Dazu traten eine Reihe kleinerer Errungenschaften, wie Lohnzuschlag für Überarbeit, Verbesserungen der Fabrikordnung, Veseitigung der Alltagsarbeit usw. Die Arbeitszeitverkürzung beträgt durchschnittlich für jeden Beteiligten 3 1/2 Stunden pro Woche, die Lohnhöhung 1,93 M. wöchentlich. An den Errungenschaften bezüglich der Arbeitszeitverkürzung war — wenn wir die Gesamtzahl der gewonnenen freien Stunden vergleichen — am stärksten beteiligt die Metallindustrie, ihr folgt das Baugewerbe, dann das Textilgewerbe, die Holzindustrie usw. An den Erfolgen der Lohnhöhung partizipieren hinsichtlich der Gesamtsteigerung des Wochenlohns an erster Stelle die Bauarbeiter, dann reißen sich die Metallarbeiter, Holzarbeiter, Fabrikarbeiter usw. an. In der Abschließung von Tarifverträgen nimmt das Baugewerbe beinahe die Hälfte (1013) aller zum Abschluß gelangten korporativen Arbeitsverträge in Anspruch; es folgen die Nahrung- und Genussmittel- und die Holzindustrie mit je 245 Abschlüssen. Wir erwähnten schon, daß die im Jahre 1907 ohne Streik, nur durch Verhandlungen erreichten Erfolge nicht gering gewesen sind; wurden doch durch Streik nur 21,6 Prozent der „freien Stunden“ gewonnen, ohne Streik 78,4 Prozent, ebenso errangen die Arbeiter 25,4 Prozent Lohnhöhungen durch Streiks, 74,6 Prozent ohne Streik. Ein Vergleich der drei letzten Jahre zeigt die steigende Tendenz, die Lohnhöhen ohne Arbeitseinstellung zu regeln. Das kann nicht ohne weiteres als Zeichen von Schwäche der Gewerkschaften ausgelegt werden, sondern es ist vielmehr im Gegenteil ein Beweis ihrer wachsenden Stärke. Die Unternehmer sind zum Verhandeln geneigter geworden. Gewiß wird daneben die Hauptwaffe der Unternehmerverbände, die Aussperrung, häufig genug angewendet, wie die dadurch den freien Gewerkschaften abgenötigten Summen zeigten. Aber auch diese Waffe wird sich mit der Zeit an dem granitenen Fels der freien Gewerkschaften nur schartig und stumpf schlagen.

Die dieser Tage von der Stettiner Schiffswerft „Dulkan“ verhängte Aussperrung von 7800 Arbeitern offenbar wieder einmal die brutale Unternehmerwillkür. Der Anlaß zu der Aussperrung ist von der Direktion in denkbar frivolster Weise hervorgehoben worden. Ihr Zweck ist um so „erhabener“. Wie verlautet, hat nämlich die Direktion

die Aussperrung verhängt, um einer hohen Konventionalstrafe zu entgehen, die die Werft zahlen muß, wenn das in Arbeit befindliche Panzerschiff nicht zum angeetzten Termin vom Stapel laufen kann. Das Schiff zu diesem Tage fertigzustellen war aber unmöglich geworden, und so mußte die Weigerung der Mieter, zu der Unmasse von Überstunden, die sie schon seit Anfang Mai d. J. regelmäßig leisten, noch neue auf sich zu nehmen, als Grund für die Aussperrung herhalten. So drückt sich das Unternehmertum durch die Opferung von Tausenden von Arbeitern um die Konventionalstrafe.

Aber der Terroristenbund der Grubenbarone hat Genosse Sachse, Vorsitzender des Bergarbeiterverbandes, in einer großen Bergarbeiterversammlung in Dortmund interessante Enthüllungen gemacht. Am ihrem Terroristenbund ein unschuldiges Mäntelchen umzuhängen, hatten nämlich die Grubenbarone erklärt, daß er ja schon seit 1890 existiere, und daß ihm 1908 nur eine etwas breitere Unterlage gegeben worden sei. Es sei überdies unwahr, daß eine Liste mit den Namen sogenannter Kontraktbrüchiger bestie. Genosse Sachse konnte nun demgegenüber nachweisen, daß das famose Statut, das kürzlich der Öffentlichkeit preisgegeben werden konnte, erst am 22. Januar 1908 beschlossen worden ist. Außerdem aber existiert eine schwarze Liste, die Ende Juni verfaßt wurde, und auf der 3876 Personen verzeichnet stehen. Diese Leute haben nicht gestreikt und sind auch nicht kontraktbrüchig geworden, sie wurden ordnungsgemäß entlassen, und es befinden sich Leute darunter, die sich an der Landtagswahl beteiligt haben. Genosse Sachse hat das Material der Staatsanwaltschaft übergeben; es wird ihm jedenfalls die gleiche Rechtsbelehrung zuteil werden, die neulich der christliche Gewerkschaftsführer Behrens erhielt. Eine hohe staatsanwaltschaftliche Gerichtsbehörde tat diesem kund und zu wissen, daß keine Veranlassung vorläge, strafrechtlich gegen den Hefenverband einzuschreiten. Wenn Arbeiter auf der schwarzen Liste ständen, die nicht kontraktbrüchig geworden seien, so könne darin nur der Tatbestand des Vergehens gegen § 188 des Strafgesetzbuchs („üble Nachrede“) gefunden werden, es liege kein Vergehen gegen § 240 und 253 des Strafgesetzbuchs oder § 153 der Gewerbeordnung (Verbrechen und Vergehen wider die persönliche Freiheit, Verdrehung und Verrückerklärung) vor; da sei nur der Weg der Privatklage zu beschreiten. Wir leben nun einmal im Reiche der garantierten Rechtsgleichheit! Die Unternehmer können ungestrast jederzeit ehrliche Arbeiter an der Fortsetzung ihrer Arbeit hindern, aber der organisierte Arbeiter wird mit schwerer Strafe belegt, wenn er es wagt, einen Arbeitswilligen auch nur scheinbar anzusehen.

In Schweden drohte eine Riesenaussperrung und im Gefolge davon ein Generalstreik auszubrechen. Die Unternehmer wollten wegen einiger partieller Ausstände eine Gesamtaussperrung von 100 000 Arbeitern vornehmen. Die schwedischen Gewerkschaften rüsteten sich darauf zu einem Generalstreik. Durch Vergleichsverhandlungen vor dem königlichen Vermittlungsausschuß ist der Zwist noch einmal beigelegt worden. Freilich haben die Transportarbeiter heftig gegen den Vergleichsvorschlag protestiert. #

### Genossenschaftliche Rundschau.

Ende Juni wurde, wie bereits kurz erwähnt, in Eisenach der fünfte Konsumgenossenschaftstag abgehalten. Es konnten dort abermals erhebliche Fortschritte der modernen Konsumvereinsbewegung in Deutschland festgestellt werden. Soweit das zahlenmäßig zum Ausdruck kommt, haben wir bereits an der Hand des gedruckten Geschäftsberichtes das Nötige mitgeteilt. Im verfloffenen Jahre hat die Hauptarbeit dem inneren Ausbau der Zentralverbandsinstitutionen gegolten. Das gilt vor allem vom Versicherungswesen, für das eine besondere Abteilung errichtet worden ist. Zunächst ist eine Versicherung der einzelnen Vereine gegen Feuer, Einbruch, Haftpflicht usw. ins Auge gefaßt; man hofft, sie später aber auch auf die Konsumvereinsmitglieder auszuweihen. Eine in diesem Sinne gehaltene Resolution wurde angenommen. Ferner wird eine Zentralisation des Bank- und Kassenwesens der Verbandsvereine angestrebt. Zu diesem Zwecke wird die Großeinkaufsgesellschaft in Hamburg eine eigene Bankabteilung errichten, zu deren Benutzung der Kongress die Vereine durch Annahme einer Resolution verpflichtet hat. Aus dem Bericht über die Tätigkeit des Tarifamtes erfuh man Näheres über einige wichtigere Vorgänge und Entscheidungen. Auch ein Differenzpunkt mit den Gewerkschaften wurde erledigt, unseres Erachtens auf nicht gerade glückliche Weise. Der vorjährige Genossenschaftstag in Düsseldorf hatte in einer Resolution sozusagen die Grundsätze festgelegt, nach denen beim Abschluß von Lohn- und Arbeitstarifen mit den Gewerkschaften verfahren werden sollte. Dieser Beschluß fand wegen seiner Tendenz lebhaften Widerspruch in Gewerkschaftskreisen. Nun suchte man die Sache einzurenken, um den Frieden wieder herzustellen. Verbandsvorstand und Generalkommission einigten sich auf eine Resolution, die gewissermaßen als eine nähere Erklärung des vorjährigen Beschlusses zu betrachten war. Später hat man aber im Ausschuß des Zentralverbandes dieser Vereinbarung einen Nachsatz angehängt, der die Abmachungen nach einer bestimmten Richtung hin auslegte. Auf dem Gewerkschaftskongress hat es darob berechnete Erregung gegeben; loyal kann allerdings das Verfahren des Zentralverbandes nicht genannt werden, zumal da man den Delegierten des Genossenschaftstages nicht einmal Kenntnis von der Veränderung der Vereinbarung gab, sie also in dem Glauben versetzte, die unveränderte Resolution vor sich zu haben. Gegen die zunehmende Belastung der Konsumvereine durch Steuern aller Art will und soll man sich in Zukunft

ganz entschieden wehren. Das wurde durch ein ausführliches Referat und eine lange Resolution zum Ausdruck gebracht. Besonders gegen die neuerdings in einzelnen kleineren Bundesstaaten auftretenden Gelüste nach Umsatzsteuern soll energisch angelämpft werden. Ferner wurde eine Neutralitätsresolution angenommen. Auch auf dem Genossenschaftstag machten sich Stimmen bemerkbar, die da wünschten, man solle es mit solchen Erklärungen doch nun endlich einmal genug sein lassen. Nicht die Lügen der Gegner, sondern die Praxis der Konsumvereine bestimmt doch schließlich die Meinung aller urteilsfähigen Leute. Das mehr Dekorative scheint überhaupt im Zentralverband deutscher Konsumvereine bedenklich überhand zu nehmen, was Genosse Adam-Riel mit Recht kritisierte. So gab man dem Sekretär Heinrich Kaufmann wegen seiner Verdienste (er wurde bis zum Ziel gelobt) und zum Unterschied von den ganz gewöhnlichen Verbandssekretären, nach bürgerlichem Muster, den Titel Generalsekretär. Nun fehlen nur noch die Ehrenzeichen. Diese gegenseitigen Bestimmungen sind jedenfalls furchtbar überflüssig. Die vielumsrittene Neutralität hat den Zentralverband dazu geführt, nun auch Tarife mit allen möglichen Gewerkschaften (christlichen, katholischen, Hirsch-Dunkerischen usw.) abzuschließen. Zu welchen Konsequenzen das führen kann, werden in erster Linie die Gewerkschaften selbst zu erörtern haben.

Die Krämmer suchen in ihrem Eifer gegen die Konsumvereine dem Publikum vorzutäuschen, daß es in den Rabattsparevereinen viel besser fahre als in den Konsumvereinen. Zu den mehrfachen Nachweisen, wie absolut falsch diese Behauptung ist, sei ein weiterer aus Kleinhändlerkreisen selbst gefügt. In Biersen (Rheinland) wurde ein Rabattspareverein gegründet, womit einer der Kleinhändler nicht einverstanden war. Der Mann plauderte darauf in einem Lokalblatt unter anderem folgendes aus der Schule: „In der Nachbarstadt Biersen ist vor Wochen auch ein derartiger Rabattspareverein ins Leben gerufen worden. Die ersten Besprechungen hierüber fanden im Ladeninhaber-verein statt, und hier wurde glatt zugegeben, daß man den Prozentsatz, welchen man der Kundschaft zu vergüten gedente, selbstverständlich vorher auf die Waren schlagen, also teurer verkaufen müsse. Wo bleibt hier ein Vorteil für den Käufer? Der Verkäufer bezahlt die Waren bei 5prozentigem Rabatt zunächst 5 Prozent teurer und erhält dann 5 Prozent Vergütung, er bezahlt also die Waren wie früher. Der Kreditkäufer bezahlt in diesem Falle die Waren 5 Prozent höher wie früher und erhält keine Rückvergütung. Erfahrungsgemäß gehen nun weiter aber ein Teil der vorausgabten Marken verloren, womit stark bei derartigen Einrichtungen gerechnet wird, so daß für sämtliche Käufer ein direkter Nachteil mit dem Rabattsparemarkensystem verbunden ist. Wir fragen wieder, wo bleibt der Vorteil, der in Reklamen so sehr für das laufende Publikum hervorgehoben wird?“ — Der Mann hat recht!

Die englische Frauengenossenschaftsgilde konnte auf ihrem diesjährigen Kongreß Ende Juni das 25jährige Jubiläum ihres Bestehens feiern. Die Frauengenossenschaftsgilde ist eine über ganz England verbreitete Vereinigung von Frauen und Mädchen, die mit der Genossenschaftsbewegung in Beziehung stehen, sei es, daß sie selbst Mitglieder oder Töchter von Mitgliedern sind, sei es, daß sie von einer Genossenschaft beschäftigt werden. Hauptzweck der Gilde ist, die Frauen mit den Prinzipien der Genossenschaftsbewegung vertraut zu machen, sie in deren Praxis einzuweihen, sie dazu zu erziehen, daß sie beim Einkauf die Waren benutzten, die in genossenschaftlichen Betrieben hergestellt worden sind, ihnen Gerechtigkeitsgefühl in Bezug auf die Arbeitsbedingungen beizubringen, überhaupt in jeder Hinsicht in genossenschaftlichem Sinne erziehblich auf sie einzuwirken. Die Frauen werden angeregt, Genossenschaftsanteile auf ihren eigenen Namen zu erwerben und so Seite an Seite mit dem Manne Sit und Stimme in den verschiedenen Verwaltungen und Ausschüssen zu erlangen. Über 300 Frauen sitzen in Bildungsausschüssen und über 40 in Verwaltungen, von anderen abgesehen, die weitere wichtige Posten in der Bewegung einnehmen. Die Organisation der Gilde beruht auf dem Grundsatz der Selbstverwaltung. Die Mitglieder sind augenblicklich vorwiegend verheiratete Frauen und stehen durch ihre Männer und Verwandten mit den betreffenden örtlichen gewerkschaftlichen Organisationen in Verbindung. Die Gilde verteidigt die organisierte Macht der vereinten Arbeiterklasse des Landes; ihre Mitglieder bekennen sich als Teilnehmer an der großen modernen Arbeiterbewegung. Sie unterstützt die gewerkschaftlichen Ziele und die Arbeitergesetzgebung im Interesse der Frauen.

**Notizenteil.**  
**Dienstbotenfrage.**

Die erste Mitgliederversammlung des Vereins der Hausangestellten in Stuttgart fand am 19. Juli im Gewerkschaftshaus statt. Genosse Rätcher legte den Anwesenden die Zwecke und Ziele einer Hausangestelltenorganisation dar und wies die Unhaltbarkeit der Gefindeordnung an einigen ihrer Paragraphen nach. Er las die Berichte der Dienstbotenversammlungen vor, die von katholischer und evangelischer Seite in Stuttgart abgehalten worden sind, und kritisierte die Gründe, die hier zur Entstehung der konfessionellen Dienstbotenvereine geführt haben. An der Hand von Tatsachen zeigte er den Zuhörerinnen, wie vieler Kraft, Ausdauer und Liebe zur Sache von Seiten der Arbeiter es

bedarf, um die Kämpfe durchzuführen, in denen sie sich kürzere Arbeitszeit, höhere Löhne und mehr Rechte zu erobern suchen. Die Arbeitgeber gewährten den Arbeitern nichts freiwillig, was deren Lage verbessern würde. Ebensovwenig erleichtern die Herrschaften den Dienstboten das Leben aus freien Stücken. Nur eine Organisation könne sie dazu zwingen, und deshalb müßten die Mädchen treu zum Verein halten, für ihn unter den Arbeitsgenossinnen werben und solidarisch zusammenstehen. In den Vorstand der Organisation wurden gewählt: als Vorsitzende Frau Vorhöfzer, Reinsburgstraße 142 III, als Schriftführerin Frau Bahr, Immenhoferstraße 9, als Kassiererin Frau Müller, Kelterstraße 39 L. Revisorinnen sind Fräulein Raumer und Fräulein Müller, Beisitzerinnen Fräulein Geiger und Fräulein Figel. Die drei erstgenannten Vorstandsmitglieder nehmen jederzeit Anmeldungen zum Verein entgegen. Als Vereinsorgan wird die Monatschrift des Vereins für die Interessen der Hausangestellten gratis geliefert. Es wurde beschlossen, am 26. Juli einen Tauschflug nach Heidelberg zu machen. Nach dem Schluß der Versammlung blieben die meisten Teilnehmerinnen noch bei gemeinschaftlichem Gesang beisammen. Genosse Krille, Genossin und Genosse Dunder trugen Gedichte und Prosastücke vor, und der letztere erfreute die Mädchen auch durch Klavierspiel und Gesang.

Der Verein der Dienstmädchen, Wasch- und Schneesfrauen von Hamburg und Umgegend hielt am 9. Juli im Gewerkschaftshaus eine Mitgliederversammlung ab. Die Kassiererin erstattete den Kassenbericht vom dritten Quartal, nach welchem die Einnahmen 3489,89 M., die Ausgaben 2900,22 M. betragen und der Kassenbestand sich auf 1169,67 M. beläuft. Genosse Schaumburg hielt einen Vortrag über „Die Frau im Kampfe ums Dasein“, der mit Beifall aufgenommen wurde. In der Diskussion sprach Genossin Zieh im Sinne des Referenten und gab den Bericht vom Gewerkschaftskongreß. Zwei neue Mitglieder wurden dem Verein in der Versammlung zugeführt, Berta Mangels.

**Frauenstimmrecht.**

**I. K. Erfolge der Frauen bei den finnischen Landtagwahlen.** Bei den Neuwahlen zum finnischen Landtag, die einen glänzenden Sieg der Sozialdemokratie brachten, schnitten auch die Frauen sehr gut ab. Statt der 19 Frauen, die im alten Landtag saßen, werden dem neuen 23 weibliche Abgeordnete angehören. Den stärksten Erfolg hatten die Kandidatinnen der Sozialdemokratie: 12 von ihnen wurden gewählt; dem alten Landtag hatten nur 9 Genossinnen angehört. Die schwedische Partei brachte 3 Kandidatinnen, Jungfinnen und Agrarier je 1 Frau durch. Auf welche bürgerlichen Parteien sich die übrigen weiblichen Abgeordneten verteilen, ist aus den vorliegenden Berichten nicht ersichtlich. Wir hoffen, demnächst eine ausführliche Darstellung des Wahlkampfes aus der Feder unserer Genossin Parssinen veröffentlichen zu können. Der Erfolg unserer Genossinnen wie der ganzen Sozialdemokratie muß um so höher eingeschätzt werden, als er gegen eine Koalition aller bürgerlichen Parteien erfochten werden mußte, welche die „Umstürzer“ skrupellos bekämpfte.

**I. K. Die englischen Sozialdemokraten im Kampfe für das allgemeine Wahlrecht aller Großjährigen ohne Unterschied des Geschlechts.** Letzte Woche fand in London eine Konferenz von Arbeitervertretern statt, die von der Sozialdemokratischen Föderation (S. D. F.) einberufen worden war, um über Mittel und Wege zu beraten, eine kräftige Agitation unter den Massen zugunsten des Wahlrechts für alle Großjährigen ohne Unterschied des Geschlechts zu entfalten und zugleich einen Druck auf die Regierung auszuüben, eine entsprechende Wahlrechtsvorlage einzubringen. Als Vorsitzender wurde Genosse Bill Thorne gewählt, ein bekannter Gewerkschaftsführer und der einzige Parteigänger der Sozialdemokratischen Föderation, jetzt Sozialdemokratische Partei genannt, der als Mitglied der Arbeiterpartei einen Sitz im Parlament inne hat. An der Konferenz nahmen 150 Delegierte von 109 Gewerkschaften und Ortsgruppen verschiedener sozialistischer Organisationen teil. In seiner Eröffnungsrede äußerte sich der Vorsitzende über den Zweck der Tagung. Diese habe die öffentliche Meinung zu veranlassen, auf die Regierung einzuwirken und zu verhindern, daß die versprochene Vorlage zur Wahlrechtsreform, die in einigen Wochen dem Parlament vorgelegt werden soll, ein beschränktes Frauenwahlrecht bringe. Jede demokratische Partei habe ein großes Interesse daran, daß ihre Gegner nicht durch ein Wahlrecht für Privilegierte gestärkt werden, und ein beschränktes Frauenwahlrecht würde die Gegner der Demokratie kräftigen. Die Sozialdemokratische Partei und die Vertreter der organisierten Arbeiterschaft müßten darum alles aufbieten, um die Einführung eines beschränkten Frauenwahlrechts zu verhindern. Genosse Thorne wies außerdem nach, wie utopisch es sei, von einem beschränkten Wahlrecht zu hoffen, daß es einem nennenswerten Teil der proletarischen Frauen ihre politische Gleichberechtigung bringen könne. Die Massen der Arbeiter wären sicher nicht in der Lage, ihren Töchtern dadurch das Stimmrecht zu sichern, daß sie ihnen ein eigenes Zimmer mieteten. Im Gegenteil: die große Mehrheit der proletarischen Familien sei gezwungen, in einer zweisimmerigen Wohnung zu leben, so daß die Tochter unmöglich ein eigenes Zimmer bewohnen und in der Folge den gesetzlichen Anforderungen eines Frauenwahlrechts auf Grund der geltenden Bestimmungen entsprechen könne. Hauptsache wäre, die öffentliche Meinung so aufzurütteln, daß die Regierung gegen

ihren eigenen Willen gezwungen würde, im Parlament eine Vorlage für die Einführung eines wirklich allgemeinen Wahlrechts einzubringen, und dann ernsthaft darauf hinzuwirken, daß Unter- und Oberhaus es aus Furcht vor der Entschlossenheit des Proletariats nicht wagten, eine Annahme einer solchen Vorlage zu verschleppen oder abzulehnen. Die Unabhängige Arbeiterpartei (J. L. P.) habe es abgelehnt, diese Konferenz zu beschicken. Er könne das nicht verstehen. Trotz der Haltung dieser sozialistischen Fraktion mache die Sache eines wirklich demokratischen Wahlrechts große Fortschritte. Er bewundere den Eifer, mit welchem die Frauenrechtlerinnen ihre Propaganda zugunsten eines beschränkten Wahlrechts betreiben, und wünsche nur, daß sie zusammen mit der Arbeiterpartei für das Wahlrecht aller Großjährigen eintreten würden. Geschähe das, so würden sie jedoch wohl schwerlich über so viel Geld verfügen wie jetzt. Ihre reichen Mittel stammten zum großen Teil von Gegnern der Arbeiterpartei her. Besonders Interesse beansprucht auch ein der Konferenz zugegangener Brief des alten bürgerlichen Demokraten und Abgeordneten Sir Charles Dille. Dieser prophezeite, die einzig mögliche Wahlrechtsreform werde das allgemeine und keineswegs ein beschränktes Wahlrecht bringen. Diese Erklärung verdient um so mehr Beachtung, als Dille bekanntlich ein sehr guter Kenner und erfahrener Beobachter der englischen öffentlichen Meinung ist. Die Resolution, welche die Stellungnahme der Konferenz festlegen sollte, wurde von Genossin Margaret Bondfield beantragt, die mit Genossin Dora Montefiore zusammen eigentlich die Urheberin der Konferenz ist — der Erfolg der Tagung ist ganz wesentlich der unermüdblichen Tätigkeit dieser beiden klugen und tapferen Frauen zu verdanken. Diese Resolution besagt, daß keine Reform befriedigen könne, die nicht das Wahlrecht aller Großjährigen ohne Unterschied des Geschlechts sichere. Zwei andere Genossinnen stellten einen Zusatzantrag dazu. Sie forderten, daß zum Zwecke des numerischen Gleichgewichtes zwischen den Geschlechtern die Frauen drei Jahre später wie die Männer wahlberechtigt werden sollten. Das Amendement wurde aber abgelehnt und die Resolution in der vorgeschlagenen Fassung angenommen. Noch weitere Resolutionen zur Wahlrechtsreform gelangten zur Annahme. Die Konferenz forderte, daß alle notwendigen amtlichen Ausgaben für die Wahlen und die Aufstellung der Wählerlisten aus öffentlichen Mitteln bestritten werden, statt wie jetzt aus dem privatenbeutel der Kandidaten. Ferner sollen den Abgeordneten Diäten gewährt werden, so daß Unbemittelte im Parlament sitzen können und dieses sich aus einer Domäne reicher Leute in eine wirkliche Vertretung des Volkes umwandelt. Schließlich erklärte sich die Konferenz noch zugunsten des Proporzsystems.

J. B. Kslew.

**Sozialistische Frauenbewegung im Ausland.**

**Fortschritte der sozialdemokratischen Frauenorganisation in Schweden.** Im Januar 1907 hielten die schwedischen Genossinnen eine Konferenz ab, welche zur Leitung und Förderung der Agitations- und Organisationsarbeit unter den Frauen einen „Arbeitsausschuß“ einsetzte, durch dessen Tätigkeit die sozialdemokratischen Frauenklubs in loser Weise miteinander verknüpft wurden. Der erste veröffentlichte Tätigkeitsbericht des Ausschusses meldet sehr gute Erfolge. Es wurden 90 neue Frauenklubs gegründet. Der sozialistische Gedanke ergriff immer größere Kreise der Frauenwelt. Im Bericht heißt es: „Wenn die Agitatoren von ihren Reisen im Lande zurückkommen, so erzählen sie, wie wühligartig die Frauen den Vorträgen lauschten, über wie vieles sie fragen und Auskunft wünschen, und daß sie kein höheres Verlangen haben, als an dem großen Befreiungskampfe teilzunehmen und in ihm ihre Pflicht zu erfüllen, die wahrhaftig nicht die unwichtigste in der Entwicklung der Arbeiterbewegung ist. Sehen wir zurück auf die seit der Konferenz von 1907 verfloßene Zeit, so haben wir allen Grund, uns des Erfolges zu erfreuen. Die Organisation der Frauen ist bedeutend fortgeschritten. Wir wollen uns nicht überheben und glauben, daß es lediglich die Agitationsarbeit sei, die das bewirkt hat; die Zeit hat gewiß auch ihr Teil dazu getan. Die Forderung nach dem Wahlrechte, die heute von den Frauen aller Länder erschallt, hat auch seitens der Frauen der schwedischen Arbeiterklasse Widerhall gefunden. Wo sollten sie aber besser für ihr politisches Bürgerrecht wirken können, als innerhalb ihrer eigenen Partei, ihrer eigenen Klasse, in der wir alle das große Ganze erblicken, in der Männer wie Frauen die gleichen gemeinsamen Interessen haben! Wir wollen keine einseitige Frauenrechtsbewegung, sondern wir wollen die Frauen der Arbeiterklasse zu Sozialdemokratinnen machen, die fähig sind, sowohl für die Gegenwartsinteressen wie für das Zukunftsziel zu wirken und zu kämpfen.“ Der Arbeitsausschuß hat den ersten großen sozialdemokratischen Frauenkongreß einberufen, der in Schweden tagen soll. Er wird vom 2. bis 6. August in Stockholm stattfinden. Zu dem Kongreß sind bereits 64 Anträge gestellt, mehrere von ihnen fordern die Gründung eines sozialdemokratischen Frauenverbandes, der sich über das ganze Land erstrecken soll. Der Arbeitsausschuß hat den gleichen Antrag gestellt, doch mit der Bedingung, daß dem Verband nur Frauenklubs angeschlossen werden können, welche zunächst den Arbeiterkommunen angehören, das heißt den Ortsorganisationen der Arbeiterpartei. Die Bestimmung soll von vornherein den ausgeprochen sozialdemokratischen Charakter des Frauenverbandes sichern.

## Volksfest.

Von Alexander Kielland.

Es war der reine Zufall, daß Monsieur und Madame Touffeu in den ersten Tagen des September nach St. Germain-en-Laye kamen.

Vor vier Wochen hatten sie ihre Hochzeit in Lyon gefeiert, wo sie zu Hause waren; wo sie sich aber später aufgehalten hatten, war ihnen ziemlich unklar. Die Zeit war pfeilschnell dahingeflogen, ein paar Tage waren ihnen ganz verschwunden, und wiederum erinnerten sie sich sehr deutlich eines kleinen Gartensulthauses in Fontainebleau, wo sie während einer kurzen Abendstunde gefessen; so deutlich, als hätten sie ihr ganzes Leben dort zugebracht.

Paris war das eigentliche Ziel ihrer Hochzeitsreise, und dort wohnten sie auch sehr gemütlich in einem eleganten Hotel Garni; aber Ruhe hatten sie dort auch nicht, außerdem war es sehr heiß; deshalb flatterten sie in den nahegelegenen Ortschaften umher, und so kamen sie auch eines Sonntagmittags nach St. Germain.

„Monsieur und Madame kommen vermutlich, um dem Feste beizuwohnen?“ fragte die kleine bewegliche Wirtin vom Hotel Henry Quatre, während sie hinter den Fremden die Treppe hinaufging.

„Dem Feste? Sie mußten nicht das geringste von einem anderen Feste, als von ihrem eigenen Hochzeitsfeste; aber davon sprachen sie zu niemanden.“

Nun erfuhren sie denn in aller Eile, daß der glückliche Zufall sie mitten in das große, berühmte Volksfest geführt habe, welches jedes Jahr am ersten Sonntag im September in dem Walde von St. Germain abgehalten wird.

Das junge Paar amüsierte sich königlich über dies Glück. Es war wirklich, als folge es ihnen auf den Fersen, oder vielmehr, als ließe es ihnen voraus und bereite Überraschungen vor. Nach einem prächtigen Diner, das sie zu zweien hinter einem der beschnittenen Tagusbäume in dem seltsam wunderlichen Garten eingenommen hatten, stiegen sie in den Wagen und fuhren dem Walde zu.

Neben dem kleinen Springbrunnen mitten auf dem Grasplatz des Hotelgartens saß ein zerzauster Kondor, welchen der Wirt zur Belustigung seiner Gäste angeschafft hatte. Ein tüchtiger Strick band ihn an das kleine Gestell. Wenn aber die Sonne so recht warm auf letzteres schien, dann dachte der Vogel an die Felsengipfel in Peru, an seinen mächtigen Flügelschlag über die tiefen Täler fort, — und dann vergaß er den Strick.

Er tat zwei gewaltige Schläge, dann schnitt das Tau in den Fuß, und er fiel in das Gras. Stundenlang konnte er so daliegen, dann schüttelte er sich und kletterte wieder auf sein kleines Gestell.

Als er den Kopf jenen beiden glücklichen Menschen zuwandte, mußte Madame Touffeu laut über seine melancholische Miene lachen.

Die Nachmittagssonne stahl sich durch die dicken Baumkronen der endlosen schnurgeraden Allee, welche an der Terrasse entlang läuft. Der Schleier der jungen Frau löste sich auf der schnellen Fahrt und wickelte sich fest um Monsieur's Kopf. Es brauchte geraume Zeit, um ihn wieder in Ordnung zu bringen, und der Hut mußte unzählige Male zurecht gerückt werden. Dann mußte man die Zigarette wieder anzünden, und das war auch eine tüchtige Arbeit. Denn der Fächer der Dame machte jedesmal, wenn die Flamme des Händholzes aufloberte, eine eigentümliche Bewegung; — das mußte bestraft werden — und das nahm dann auch wieder Zeit in Anspruch.

Die feine englische Familie, welche sich für den ganzen Sommer in St. Germain einquartiert hatte, wurde durch den lustig vorüberfahrenden Wagen in ihrem reglementmäßigen Spaziergang gestört. Sie schlugen die korrekten grauen oder blauen Augen auf; es lag weder Ärger noch Veringschätzung in diesem Blick, — nur ein kleiner matter Schatten von Verwunderung.

Aber der Kondor starrte dem Wagen nach, bis er nur noch einen kleinen, schwarzen Punkt am äußersten Ende der schnurgeraden, endlosen Allee bildete.

La joyeuse fête des Loges ist ein richtiges Volksfest mit Honigluchen, Feuerfressern und glühendheißen Waffeln. Um die uralte Eiche, welche mitten auf dem Festplatz steht, werden beim Eintritt der Dämmerung bunte Laternen und Papierlampions gehängt, und in den höchsten Zweigen kriechen Knaben mit bengalischem Feuer und Pulverflammen umher.

Ersünderische Herren tragen kleine Laternen am Hut, am Stod und wo sie sonst nur angebracht werden können, und der allerersünderichste wandert mit seiner Herzliebsten unter einem Regenschirm umher, der an jeder Speile eine Laterne trägt.

Am Waldesaum brannten Scheiterhaufen; hier wurden Säbner am Spieß gebraten, während in Scheiben geschnittene Kartoffeln in Schmalz gebraten wurden. Jeder Duft scheint doch seine Verehrer zu haben, denn hier stehen auch eine Menge Zuschauer umher. Der größte Teil derselben geht aber in den langen Budeitreihen auf und ab.

Madame und Monsieur Touffeu haben alles mitgemacht. Sie hatten bei einem Manne, der in den allerzweifelhaftesten Wigen erzelierte, in Europas vorteilhaftester Lotterie gespielt; sie hatten die fetteste Gans der Welt und den berühmten Floh „Bismarck“ gesehen, der sechs Pferde fahren konnte. Weiter hatten sie Honigluchen gekauft, auf Tonpfeifen und weichgekochte Eier nach der Scheibe geschossen und schließlich hatten sie in dem großen Ballzelt Walzer getanzt.

So gut hatten sie sich noch niemals unterhalten. Feine Leute gab es hier durchaus keine, — auf jeden Fall niemand, der feiner war als sie selbst. Auch kannten sie hier keinen Menschen, deshalb lächelten sie allen zu und nickten auch noch, wenn sie dieselbe Person zweimal trafen.

Alles erschien ihnen so lustig. Vor den großen Zelten, in denen es einen Zirkus oder Balldivertissement gab, blieben sie stehen und lachten über die Anruster. Magerer Bajazzo's bliesen die Trompete, und junge Mädchen mit kreideweißen Schultern standen auf der Tribüne und versuchten, Zuschauer hineinzulocken.

Monsieur Touffeu's Portemonnaie hatte viel zu tun; aber die beiden wurden der ewigen Bettelerei und Presserei nicht müde. Im Gegenteil, sie mußten nur lachen über die ungeheuren Anstrengungen, welche diese Menschen machten, um vielleicht einen halben Franken oder auch nur wenige Centimes zu verdienen.

Plötzlich standen sie vor einem Gesicht, das sie kannten. Es war ein junger Amerikaner, welchen sie im Hotel in Paris getroffen hatten.

„Nun, Monsieur Whitmore!“ rief Madame Touffeu munter, hier haben Sie doch wohl endlich einen Ort gefunden, an dem selbst Sie nicht umhin können, sich zu amüsieren!“

„Ich für mein Teil,“ entgegnete der Amerikaner langsam, „finde kein Vergnügen daran, es mit anzusehen, wie die Menschen, welche kein Geld haben, sich zum Narren machen für jene, welche es besitzen!“

„Ah! Sie sind unverbesserlich!“ lachte die junge Frau, „und übrigens muß ich Ihnen mein Kompliment machen über das ausgezeichnete Französisch, welches Sie heute sprechen.“

Nachdem sie noch ein paar Worte miteinander gewechselt hatten, trennte die Menschenmenge sie wieder; Mr. Whitmore wollte schnell nach Paris zurückkehren.

Es war mehr als ein Kompliment von Madame Touffeu gewesen. Der ernste Amerikaner sprach sonst ein Französisch, das man beweinen konnte. Aber die Antwort, die er Madame gegeben, war fast korrekt gewesen. Man hätte glauben können, daß sie schon im voraus vorbereitet gewesen — daß es eine ganze Reihe von Eindrücken gewesen, welche sich in diesen Worten kundgegeben. Vielleicht kam es auch daher, daß diese Antwort sich Monsieur und Madame Touffeu so fest einprägte.

Keiner von beiden schien diese Entgegnung besonders gut zu finden. Im Gegenteil — beide fanden, daß es eigentlich sehr traurig sei, wenn jemand so schwermütig, wie ihr junger Freund. Aber trotzdem war etwas zurückgeblieben; es wurde ihnen nicht mehr so leicht zu lachen, Madame wurde müde, und sie begannen, an die Heimkehr zu denken.

Als sie die lange Straße zwischen den Buden hinabgehen wollten, um ihren Wagen zu erreichen, kam ihnen gerade ein lärmender Menschenschwarm entgegen.

„Laß uns einen anderen Weg nehmen,“ sagte Monsieur. Sie gingen zwischen die Buden durch und kamen auf der Rückseite der einen Reihe heraus. Sie stolperten über Baumwurzeln, bis das Auge sich an das unsichere Licht gewöhnt hatte, welches nur hier und dort in Streifen aus den Zelten fiel. Ein Hund, der dort lag und an irgend einem Gegenstand nagte, erhob sich knurrend und schleifte seinen Raub weiter hinein in das Dunkel zwischen den Bäumen.

Auf dieser Seite bestanden die Buden aus alten Segeln und allerhand wunderlichen Draperien. Zwischen den Nigen und Spalten sah man hier und da Licht; an einer Stelle entdeckte Madame ein Gesicht, das sie kannte.

Es war der Mann, von welchem sie den unvergleichlichen Honigluchen gekauft, — Monsieur trug den Rest noch in der Rocktasche. Aber trotz alledem war es so wunderbar, den Honigluchenmann auf dieser Seite wieder zu finden. Dieses war ein ganz anderes, als das lächelnde, verbindliche Gesicht, das der jungen, hübschen Frau so viele hübsche Dinge gesagt hatte — und so unermüdlich in den Lobpreisungen seiner Kuchen gewesen war —

Nun saß er zusammengesunken da und als ein unbestimmtes Etwas aus einem karierten Taschentuch — schnell, gierig, ohne aufzublicken.

Weiter hinunter hörten sie ein gedämpftes Zwiegespräch, Madame wollte absolut hineinschauen, Monsieur wollte es durchaus nicht — aber er tat es trotzdem.

Ein alter Bajazzo saß und zählte brummend und fluchend Kupfermünzen in die Hand. Das junge Mädchen, welches vor ihm stand, froh und erbat etwas für sich; sie war in einen langen Regenmantel eingehüllt.

Der Mann fluchte wieder und stampfte mit dem Fuße. Da warf sie plötzlich den Regenmantel ab und stand halbnaakt in einer Art Ballettleidung da. Ohne ein Wort zu sagen und ohne ihr Haar zu glätten oder an ihrem Puz etwas zu ordnen, erstieg sie die kleine Stufe, welche auf die „Bühne“ führte.

In diesem Augenblick wandte sie sich um und blickte den Vater noch einmal an. Ihr Antlitz hatte bereits das Ballettlächeln angelegt, aber dieses wich jetzt einem ganz anderen Ausdruck. Den Mund verzog sie nicht mehr, aber die Augen — die Augen versuchten, ihm lebend zuzulächeln — eine Sekunde nur — der Bajazzo zuckte die Achseln und hielt die Kupfermünzen hin. Das junge Mädchen wandte sich ab, trat vor den Vorhang und wurde mit Beifall und Geschrei empfangen.

An der großen Eiche hielt der Mann mit der Lotterie noch immer seine fließenden Reden. Seine Wize waren immer unzweideutiger geworden, je dunkler es wurde. Auch das Gelächter im Publikum war jetzt ein anderes, die Menschen waren wilder, die Bajazzo's magerer, die Damen frecher, die Musik falscher — jedenfalls erschien es Monsieur und Madame so.

Als sie an dem Ballzelt vorüberkamen, drang der Lärm einer Quadrille zu ihnen hinaus.

„Herr Gott! — haben wir wirklich da drinnen getanzt!“ sagte Madame Touffeu und schmiegte sich inniger an ihren Gatten. So schnell wie möglich gingen sie durch das Gedränge; der Wagen war bald erreicht. Wie gut würde es sein, wieder in dem bequemen Wagen zu sitzen und all den Lärm hinter sich zu lassen!

Auf der Tribüne vor dem Zirkuszelt war es jetzt leer. Die Vorstellung da drinnen in dem heißen, dunstigen, halb erleuchteten Raum war in vollem Gange.

Nur die alte Frau, welche die Billets verkaufte, saß und war über der Kasse eingeschlafen. Und ein Stückchen weiter fort im Schein ihrer Lampe stand ein winzig kleiner Bursche. Er trug Trikots, grün auf der einen Seite und rot auf der anderen; auf dem Kopfe trug er eine Narrenkappe mit Hörnern. Hart unter der Tribüne stand eine in ein schwarzes Tuch eingehüllte Frau; sie schien mit dem Knaben zu sprechen.

Abwechslend setzte er das rote und das grüne Bein vor, zog es aber gleich wieder zurück. Endlich trat er auf seinen mageren Stielbeinchen drei Schritte vor und streckte der Frau die Hand hinunter.

Sie nahm das, was er ihr reichte und verschwand im Dunkeln.

Einen Augenblick stand er still, dann murmelte er einige Worte und begann zu weinen.

Nun hörte er auf und sagte: „Maman m'a pris mon sou!“ — und dann weinte er wieder.

Er trocknete seine Augen und stand einen Moment still. Aber jedesmal, wenn er sich selbst sein kleines trauriges Schicksal vor Augen führte: daß die Mutter ihm sein Geld genommen, so brachen die Tränen gewaltsamer und heftiger hervor.

Er bengt sich wieder und verbarg sein Gesicht in dem Vorhang. Die steife, geborstene Olmalerei mußte gar kalt und hart sein zum Hineinweinen. Der kleine Körper krümmte sich zusammen, er zog das grüne Bein ganz hinauf und stand wie ein Storch auf dem roten.

Denn da drinnen hinter dem Vorhang durften sie nicht hören, daß er weinte. Deshalb schluchzte er nicht wie ein Kind, sondern er kämpfte wie ein Mann gegen einen Herzenskummer.

Als der Anfall vorüber war, schnäuzte er sich mit den kleinen Fingern und trocknete sie an seinen Trikots. Dann blickte er einen Augenblick mit trockenen Augen auf das Volksfest hinab.

„Maman m'a pris mon sou“ — und dann begann die Geschichte von neuem.

Wie der Meeresstrand einen Augenblick trocken wird, während die neuen Wogen sich sammeln, so ergoß die Sorge sich in schweren Wogen über dies kleine Kinderherz.

Seine Kleidung war so lächerlich; sein Körper so mager; sein Weinen so herzzerreißend bitterlich — und sein Schmerz war so groß und erwachsen.

Aber daheim im Hotel — im Pavillon Henry Quatre — da saß der Kondor auf seinem Gestell und schlief.

Und er träumte seinen Traum — seinen einzigen Traum. Er sah die Felsengipfel von Peru, er träumte von den mächtigen Flügelschlägen über den tiefen Tälern — und vergaß den Strick.

Mit Gewalt hob er die zerzausten Flügel. Er machte zwei gewaltige Schläge, dann ward der Strick straff, und er fiel, wie er zu fallen pflegte; — der Fuß schmerzte der Traum schwand.

Die feine englische Familie klagte und der Wirt selbst ärgerte sich am nächsten Morgen; denn der Kondor lag tot auf dem Rasen.

Verantwortlich für die Redaktion: Dr. Maria Jettin (Jugend), Wagnersplatz 10, Post-Bezirk bei Stuttgart.  
Druck und Verlag von Paul Singer in Stuttgart.